

# Grundsatzprogramm der Jungen Union Brandenburg

- Leitlinien für unsere Zukunft -



### **1. Ehe, Familie und Ehrenamt**

Die Familie ist die Basis unserer Gesellschaft: Kind UND Beruf, die Anerkennung familiärer Leistungen und eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern sind unverzichtbar.

### **2. Bildung, Jugend und Sport**

Nicht alle Menschen sind gleich, sondern die Möglichkeiten sollen es sein. Daher sind für uns Leistungsprinzip, Elitenbildung nach Fähigkeit und individuelle Förderung selbstverständlich.

### **3. Bevölkerung, Demographie und Zuwanderung**

Die demographische Entwicklung entscheidet über die Zukunft unserer Heimat – es braucht jetzt intensive Anstrengungen und die Bereitschaft, sich den Realitäten zu stellen.

### **4. Immigration und Integration**

Ehrlichkeit statt Bequemlichkeit, fördern und fordern, gezielte Einwanderung und klare Regeln sind die Grundlage jeder Gesellschaft, die sich auf Dauer Toleranz und Offenheit bewahren will.

### **5. Rente und Generationengerechtigkeit**

Es darf nicht zu einem Konflikt der Generationen kommen – nur gemeinsam können Wohlstand und Stabilität erhalten bleiben, das bedeutet aber auch eine Reform des Rentensystems.

### **6. Innere Sicherheit**

Die innere Sicherheit ist die Basis von Sozialstaat, Kultur und Wohlstand – moderne Mittel der Kriminalitätsbekämpfung, schnellere Verfahren und eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit sind die Eckpfeiler notwendiger Reformen.

### **7. Infrastruktur, Ländlicher Raum, Stadt- und Regionalplanung**

Brandenburg muss in der Fläche auch zukünftig über eine ausgebaute Infrastruktur verfügen – neue Wege und Technologien können Ansätze einer wirtschaftlichen Stärkung sein.

### **8. Landwirtschaft, Umwelt und Energie**

Die Erde gehört nicht uns, sondern unseren Kindern. Der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung kann auf Dauer nur im Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie gelingen.

### **9. Arbeit, Soziales und Gesundheit**

Eigene Leistung muss sich lohnen – daher kann es keine Lebensstandartsnivellierung bei unterschiedlicher Arbeit geben. Wir setzen uns für Solidarität mit denen ein, die Transferleistungen empfangen aber auch mit denen, die sie erarbeiten. Um im Alter eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung zu erhalten, sprechen wir uns für neue Ansätze aus.

### **10. Wirtschaft und Finanzen**

Privat vor Staat gilt ebenso wie die Anforderung an den Staat, den freien Wettbewerb mit klaren Regeln zu erhalten. Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Innovationen und der Erhalt einer industriellen Leistungsfähigkeit bilden die Grundlage unseres Wohlstandes.

### **11. Kultur, Geschichte und Religion**

Unsere kulturelle und historische Identität ist Kern unseres Selbstverständnisses – diese zu achten und zu bewahren ist Basis jeder funktionierenden Gesellschaft.

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Ehe, Familie und Ehrenamt</b>	<b>4</b>	a) Anpassung an die Realität	14	d) Gentechnik	22	b) Verantwortung der Unternehmen	29
a) Grundsätzliches	4	b) Lebensarbeitszeit	14	e) Landwirtschaftliche Energieerzeugung	23	c) Nachhaltige Wirtschaftsförderung	29
b) Kinder	4	c) Anrechnung für Kinder	14	<b>B) UMWELT</b>	23	d) Daseinsfürsorge und Privatisierung	29
c) Ehrenamt	4	d) Generationenausgleich	14	f) Naturschutzgebiete	23	e) Kommunale Beteiligung	29
<b>2. BILDUNG, JUGEND UND SPORT</b>	<b>6</b>	<b>6. INNERE SICHERHEIT</b>	<b>16</b>	g) Hochwasser- und Gewässerschutz	23	f) Tourismus	30
a) Kindergarten	6	a) Rechtsstaat	16	h) Emission und Geschwindigkeitsbeschränkung	24	g) Industrie	30
b) Stellenwert der Bildung	6	b) Polizei	16	i) Müllentsorgung und –trennung	24	h) Ressourcensicherung	30
c) Schule	6	c) Extremismus	17	<b>C) ENERGIE</b>	24	i) Forschung und Entwicklung	30
d) Schülerinnen und Schüler	7	d) Zielgerichtete Kriminalitätsauffassung	17	j) Erneuerbare Energien	24	<b>B) FINANZEN</b>	30
e) Lehrkräfte	7	e) Grenzübergreifende Kontrollen	17	k) Verbraucherschutz	25	j) Leitsatz	30
f) Hochschulen	7	f) Internetkriminalität	17	<b>9. ARBEIT, SOZIALES UND GESUNDHEIT</b>	26	k) Ausgangssituation	31
g) Jugend	8	g) Datenschutz	17	a) Ausbildung und Lehrstellen	26	l) Schuldenbremse	31
h) Sport	8	h) Katastrophenschutz	17	b) Gleichbehandlung und Leistungsgerechtigkeit	26	m) Demographie und Personal	31
<b>3. BEVÖLKERUNG, DEMOGRAPHIE UND ZUWANDERUNG</b>	<b>9</b>	i) Volksentscheide	18	c) Beamte	26	n) Kommune	31
a) Demographische Entwicklung	9	<b>7. INFRASTRUKTUR, LÄNDLICHER RAUM, STADT- UND REGIONALPLANUNG</b>	<b>19</b>	d) Kündigungsschutz	26	o) Subventionen	32
b) Entscheidung zum Kind	9	a) Verwaltung	19	e) Mitarbeiterbeteiligung	26	p) Steuern	32
c) Anreize schaffen für Eltern	10	b) Neue Modelle	19	f) Arbeits- und Ladenöffnungszeiten	26	q) Verantwortung von Wirtschaft und Staat	32
d) Heimat und Patriotismus	11	c) Transportwege	19	g) Zeitarbeit und Leiharbeit	27	r) Europäische Finanzen	32
e) Rückholprogramme	11	d) Internet	20	h) Minijobs	27	<b>11. GESCHICHTE, KULTUR UND RELIGION</b>	<b>33</b>
<b>4. IMMIGRATION UND INTEGRATION</b>	<b>12</b>	e) Städteplanung	20	i) Mindestlohn und Tarifautonomie	27	a) Geschichte	33
a) Minderheiten	12	<b>8. LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND ENERGIE</b>	<b>21</b>	j) Soziales	27	b) Kultur	33
b) Qualität statt Quantität	12	<b>A) LANDWIRTSCHAFT</b>	<b>21</b>	k) Sozialdienst	27	c) Deutsche Sprache	34
c) Verlässlichkeit der Regeln	12	a) Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft	21	l) Gesundheit	28	d) Religion	34
d) Wahlrecht	13	b) EU und Landwirtschaft	21	m) Pflege	28	e) Meinungsfreiheit	34
e) Asyl	13	c) Eigenverantwortliche Verbraucher stärken	22	<b>10. WIRTSCHAFT UND FINANZEN</b>	<b>29</b>	<b>12. Schlussbemerkungen und Danksagunge</b>	<b>35</b>
<b>5. RENTE UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT</b>	<b>14</b>			<b>A) WIRTSCHAFT</b>	<b>29</b>		
				a) Wettbewerb	29		

## 1. EHE, FAMILIE UND EHRENAMT

In vielen hundert Jahren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen sind Ehe und Familie die Keimzelle unseres Zusammenlebens geblieben. Als kleinster Kern der Gesellschaft, als Rückzugsort und Quelle der Kraft ist sie unersetzlich. Die Familie bereitet Kinder in ihrer Erziehungsfunktion auf das gesellschaftliche Leben vor und sorgt für die Entwicklung zu Persönlichkeiten. Diese Erziehungsfunktion, die elementar wichtig ist, kann nur von einer intakten Familie gewährleistet werden.

### a) Grundsätzliches

Bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern mit allen damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen, muss es das wichtigste Anliegen des Staates sein, Anreize dafür zu schaffen, Kinder in die Welt zu setzen. Ausgehend vom traditionellen Bild einer unter dem besonderen Schutz des Staates stehenden Ehe ist es daher notwendig, neue Wege in der Förderung von Familien mit Kindern zu gehen. Prioritär vor der Förderung von einzelnen Formen des Zusammenlebens muss daher die Hilfe für diese Familien mit Kindern stehen. Das bestehende Ehegattensplitting, das auch auf homosexuelle Partnerschaften ausgedehnt werden soll, wie auch andere Fördermaßnahmen des Staates wären besser angelegt in einem Familiensplitting, das steuerlich diejenigen begünstigt, die sich für Kinder entschieden haben. Jedes Kind mildert hier die Steuerhöhe und führt zu einer materiellen Angleichung an die Lebensverhältnisse kinderloser Paare. Das Familiensplitting soll gekoppelt sein an die Erziehungsgemeinschaft zusammenlebender Paare, um so vor allem diejenigen zu fördern, die Leistung für das Kind erbringen.

Die JU Brandenburg fordert außerdem die Beibehaltung der Gleichstellung der verschiedenen Erziehungsmodelle. Die häusliche Erziehung darf nicht zur Ausnahmeerscheinung degradiert werden. Daher muss der Rentenanspruch und das Einkommen des erziehenden Elternteiles sichergestellt werden, damit eine optimale Erziehung auch zu Hause möglich ist, wovon die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Es muss dabei allerdings für beide Elternteile in jedem Fall möglich sein, arbeiten zu gehen. Gerade in unserer Region ist dies verstärkt der Fall – was die Bedeutung der Kindergärten und Kindertagesstätten nochmals hervorhebt.

### b) Kinder

Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Wir können der demographischen Krise zwar nicht entrinnen, aber wir können die Auswirkungen für die Zukunft unseres Landes, für die Bevölkerung, für die Renten und Finanzen abmildern. Jedoch nur, wenn wir Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft nach Kräften fördern und unterstützen. Auch müssen die Steuer- und Abgabenlasten für Familien deutlich reduziert werden. Wer einen Beitrag zum Erhalt unseres Volkes, der Sozialsysteme und des Landes leistet, der darf dafür nicht indirekt bestraft, sondern muss belohnt werden. Eine konsequent ermäßigte Mehrwertsteuer für Kinderprodukte im Rahmen einer Mehrwertsteuerreform ist daher überfällig. Die Garantie der ausschließlichen Zurverfügungstellung von Babyklappen in dafür geeigneten medizinischen Einrichtungen muss künftig verhindern, dass unqualifizierten Einrichtungen die Obhut über abgegebene Kinder übertragen wird. Wir stehen zum Schutz und Erhalt ungeborenen Lebens. Hunderttausend (Dunkelziffer: bis zu Dreihunderttausend) abgetriebene Kinder Jahr für Jahr in Deutschland sind nicht Ausdruck einer offenen Gesellschaft, sondern zeigen, dass die Folgen der Abtreibung für junge Frauen auf Jahrzehnte hinaus nicht genügend thematisiert werden und die Unverantwortlichkeit im Umgang mit Sexualität und dem eigenen Körper zunimmt. Eine gezieltere Aufklärung über körperliche und psychische Folgen ist hier dringend notwendig. Eine Abtreibung an sich muss in Ausnahmefällen möglich bleiben, wenn eine besonders schwere psychische oder physische Belastung bei Austragung des Kindes für die Schwangere festgestellt wird.

### c) Ehrenamt

Ein erheblicher Teil vieler kultureller, sozialer und kommunaler Arbeiten und Angebote wird von Ehrenämtern getragen. Deren freiwillige Leistung ist unverzichtbar und muss gefördert werden. Dazu gehört die steuerliche Berücksichtigung der Tätigkeiten. Allerdings bleibt in der Breite vielen unklar, welche Möglichkeiten bestehen, sich einzubringen und welche Vorteile damit verbunden sind. Daher ist es notwendig, frühzeitig, z.B. der Schule, im Internet und bei öffentlichen Veranstaltungen über die zur Verfügung stehenden Ehrenämter zu

48 informieren und herauszustellen, dass nicht nur das gesellschaftliche Ansehen und der Hilfsdienst, sondern  
49 auch Vorteile in der Ausgestaltung im Lebenslauf zu den positiven Folgen einer Eigenbeteiligung gehören.  
50 Wichtig bleibt festzuhalten, dass die Trennung von Ehrenamt und sozialversicherungspflichtiger Arbeit  
51 bestehen bleibt, um den Charakter des Ehrenamtes nicht zu verfälschen. Zur Stärkung des Ehrenamtes setzen  
52 wir uns für eine Ehrenamtskarte ein, deren Besitzer kommunale Leistungen, etwa im Kulturbereich, günstiger  
53 nutzen können soll. Voraussetzung für eine solche Ehrenamtskarte, deren Gültigkeit bei einem Jahr liegen und  
54 die jährlich neu herauszugeben ist, soll eine klare vorab getroffene Regelung darüber sein, wie viele  
55 Ehrenamtsstunden erforderlich sind und welche Arbeit hier als ehrenamtlich gilt.



57 **Bildung ist Länderangelegenheit, doch sollte eine intensivere Abstimmung und Kooperation über die**  
 58 **Ländergrenzen hinweg stattfinden. Ein fester Rahmen mit klaren Anforderungen soll zu vergleichbar guten**  
 59 **Abschlüssen führen, die sich an der individuellen Leistung der Schüler orientieren. Die Schaffung einer**  
 60 **Bildungselite durch Leistung, nicht durch Herkunft muss Ziel sein. Nur so kann die gesamte Gesellschaft**  
 61 **profitieren. Ausgaben für die frühkindliche Bildung sind belegbar volkswirtschaftlich lohnende Investitionen.**

#### 62 **a) Kindergarten**

63 Die elterliche Erziehung ist das Fundament auf dem jede spätere Entwicklung eines Kindes aufbaut. Der  
 64 Kindergarten aber hat die Aufgabe, die Kinder in Verhalten und Wissen auf die Schule vorzubereiten. Dazu  
 65 gehört die spielerische Erlernung von Grundlagen, die in der Schule unverzichtbar sind – vor allem die deutsche  
 66 Sprache, aber auch ein vorbereitendes Fremdsprachenangebot. Vor der Einschulung, im Alter von spätestens 4  
 67 Jahren soll ein Sprachtest zum Nachweis der deutschen Sprachfähigkeit als Erweiterung zu den üblichen  
 68 körperlichen und kognitiven Tests Pflicht werden. Wer diesen nicht besteht, muss intensiv und individuell  
 69 gefördert werden. Das letzte Kindergartenjahr als Vorschule soll für alle Kinder verpflichtend sein und die  
 70 Kosten nach Einkommen der Eltern gestaffelt werden. Kindergärtner sollten ihrer verantwortungsvollen  
 71 Aufgabe nach ausgebildet und entlohnt werden. Ganztagskindergärten sollten zur Unterstützung von Eltern mit  
 72 Schichtarbeit weiter gefördert werden. Tagesmütter bilden eine sinnvolle Ergänzung zu den Kindergärten,  
 73 sollten aber auch entsprechend ausgebildet und entlohnt werden.

#### 74 **b) Stellenwert der Bildung**

75 Die Leistungsfähigkeit und Intelligenz seiner Bürger sind für ein rohstoffarmes Land wie Brandenburg von  
 76 entscheidender Bedeutung. Die Kommunen müssen für intakte Schulen sorgen. Schulen sollten selbstständig  
 77 nach Partnern in der Wirtschaft suchen und zu unterrichtsspezifischen Themen Vorträge halten lassen.  
 78 Wirtschaft und Recht sind im Unterricht gar nicht oder marginalisiert vorhanden, obwohl diese Bereiche für  
 79 jeden essentiell wichtig sind – Steuern, Rechte und Pflichten sollten daher auch in der Schule behandelt  
 80 werden. Die Schüler müssen auf ihr weiteres Leben vorbereitet werden. Der Politik- Unterricht sollte frühzeitig  
 81 angeboten und für mindestens zwei Jahre verbindlich sein.

#### 82 **c) Schule**

83 Wir stehen zum differenzierten Schulsystem. Alle Untersuchungen, ob Pisa oder Ländervergleiche, zeigen, dass  
 84 die Bundesländer mit differenziertem Schulsystem bessere Ergebnisse erzielen als die, welche dieses  
 85 Schulsystem aus ideologischen Gründen abgeschafft haben. Einheitsschulen lehnen wir ab. Dort wird weder  
 86 den schwächeren, noch den stärkeren Schülern ein Gefallen getan. Fördert man die Schwächeren und erzwingt  
 87 ein Lernniveau, das sich an diesen schwächeren orientiert, bremst man die Stärkeren aus. Andersherum  
 88 werden schwächere Schüler unnötig unter Druck gesetzt. Ein individueller Leistungsunterricht ist ohne eine  
 89 erhebliche Verringerung der Schülerzahlen pro Klasse nur bei relativ ähnlichem Lernniveau möglich. Wir  
 90 stehen zum Abiturs nach der 12. Klasse, um wettbewerbsfähiger zu werden – nur muss auch dafür gesorgt  
 91 werden, dass Schüler hier nicht überfordert werden.

92 Die Klassen müssen verkleinert und der Unterrichtsausfall auf Null gebracht werden. In dieses Vorhaben  
 93 müssen neben den Lehrkräften auch die Eltern und Schüler, sowie die Wirtschaft miteinbezogen werden.  
 94 Praxisnahes Lernen, insbesondere für die Haupt- und Oberschulen muss Ziel sein. Ratschläge für einen  
 95 zukunftsorientierten Unterricht sollten immer willkommen sein. Wir sprechen uns für individuelle Förderung  
 96 schwächerer Schüler aus. Beim Lehrplan selbst sollten Mathematik und Deutsch sowie Englisch einen ihrer  
 97 Bedeutung entsprechenden Raum einnehmen. Förderunterricht anzubieten sollte hier eine  
 98 Selbstverständlichkeit für jede Schule sein. Je nach Bedarf sollte es die Möglichkeit zum Besuch von  
 99 unverblichenden Ganztagschulen geben. Privatschulen fördern den Wettbewerb und sind daher als  
 100 Ergänzung zu begrüßen.

101 In der demographischen Situation in der wir uns befinden und die sich verstärkt, verlieren die äußeren  
 102 Regionen unseres Landes immer mehr Menschen, während im so genannten Speckgürtel um Berlin die

103 Bevölkerung wächst. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir rigoros die Schulen auf dem Land schließen und  
104 den Wegzugseffekt damit verstärken. Kleine Klassen müssen erlaubt sein und sind sogar sinnvoll – ist absehbar,  
105 dass sich die Schülerzahl stabilisiert, muss eine Schule unbedingt erhalten werden. Lange Schulwege sind im  
106 Interesse der Schüler und der Eltern unbedingt zu vermeiden.

107 Zum ersten Schuljahr sollen die Schüler mit denselben Schulmaterialien, zentral eingekauft von den Schulen,  
108 ausgestattet werden, um frühzeitige Ausgrenzung nach materialer Ausstattung zu verhindern. Schuluniformen  
109 steigern den Bezug zur Schule, schaffen Identität und Zugehörigkeit und verhindern Ausgrenzung nach  
110 materieller Ausstattung. Ein zu hoher Anteil von Frauen im Lehrkörper führt zu einem einseitigen Unterrichts-  
111 und Lehransatz. Ein möglichst ausgeglichenes Verhältnis der Rollenvorbilder muss hier auch ohne Quote  
112 angestrebt werden.

113 Bildung im Bereich der Online-Arbeit findet kaum statt: zur Förderung der unabdingbaren multimedialen  
114 Kompetenz sollten allerdings einige Kurse mit vermehrter Online- und digitaler Begleitung angeboten werden.  
115 Das Zeugnisssystem sollte vereinheitlicht werden. Ein wichtiger Bestandteil sollte auch eine individuelle  
116 Persönlichkeitsbeschreibung des Kindes sein.

117 Die Schulleiter sollten dazu angehalten werden, die gerade von der EU angebotenen Förderprogramme für ihre  
118 Schulen und eine bessere materielle Ausstattung zu nutzen. Das Schulessen ist mehr als nur ein zusätzliches  
119 Angebot der Bildungseinrichtung: es ist zumeist Grundlage dafür, den Tag konzentriert zu überstehen. Wir  
120 setzen uns daher für ein gesundes, günstiges Schulessen ein, dass jedem Kind im Sinne der Leitlinien der Union  
121 dieselben Chancen auch beim Lernen ermöglichen sollen. Eine durch Gutscheine geregelte Unterstützung sozial  
122 benachteiligter Schüler könnte hier gezielter helfen als ein Schülerbafög.

#### 123 **d) Schülerinnen und Schüler**

124 Die Schule muss Spaß machen, doch der Unterricht darf nicht zur Spielwiese werden. Dieser Anspruch muss  
125 auch durch die Autoritätsperson des Lehrers garantiert werden, der klare Befugnisse hat und nicht bei der  
126 Benotung das Wohlwollen der Eltern im Auge behalten muss. Autorität bedeutet nicht Rohrstock – es bedeutet  
127 aber eine deutliche Abkehr vom laissez-faire Schulsystem gestrigler Ideologen. Freizeitaktivitäten sollten auch  
128 weiterhin in ausreichendem Maße losgelöst von schulischer Aktivität möglich sein.

#### 129 **e) Lehrkräfte**

130 Die Lehrer tragen als Vorbilder und Wissensvermittler eine besondere Verantwortung. Sie sind als Pädagogen,  
131 egal in welcher Schulform, dafür verantwortlich, die Schulkinder auf das Leben vorzubereiten. Sie sind daher  
132 auch eine Autoritäts- und Respektsperson. Zwar findet die Haupterziehung in der Familie statt, doch die Schule  
133 ist für die Sozialisierung unerlässlich. Jede Lehrkraft soll in unregelmäßigen Abständen von externen Prüfern  
134 auf die Leistungsfähigkeit und Eignung überprüft werden. Fortbildungen sollen zur Pflichtaufgabe werden.  
135 Damit der Unterricht Spaß macht und modern bleibt, sollten die Unterrichtsformen ständig auf den Prüfstand  
136 gestellt werden. Ein auch wirtschaftlich attraktiver Lehrberuf soll eine Abwerbung durch andere Bundesländer  
137 verhindern.

#### 138 **f) Hochschulen**

139 Wir sprechen uns für allgemeine, sozial gerechte Studiengebühren aus. Die Universitäten müssen selbst  
140 entscheiden können, ob sie diese einführen. Das Stipendien- System soll wirtschaftsnahe ausgebaut und  
141 günstige Kredite angeboten werden. Die Zurückzahlung der Kredite soll sich auch nach den im Studium  
142 erbrachten Leistungen und der Leistungsfähigkeit im Arbeitsleben richten. Dieses System ist aber  
143 Voraussetzung der Studiengebühren. Die Gebühren sollen ausschließlich den Hochschulen und der Lehre  
144 zufließen. In unseren Augen muss die Zentrale-Vergabe-Stelle (ZVS) abgeschafft werden. Studienwillige müssen  
145 sich direkt bei den Hochschulen bewerben. Ein Recht auf einen Studienplatz gibt es nicht. Eine bessere  
146 Koordinierung der Hochschulen bei der Vergabe von Studienplätzen ist im Lichte der Doppel- und  
147 Dreifachbelegung von Studienplätzen notwendig. Das Studium wird von uns als Zukunftsinvestition definiert.  
148 Grundsätzlich sollten sich gerade Studenten der für die Gesellschaft teuren Studiengänge wie Medizin  
149 verpflichten, zumindest eine angemessene Anzahl von Berufsjahren im Inland zu verbringen, um einen

150 gesamtfiskalischen Ausgleich zu schaffen. Einen Quotenanteil von Studienabgängern innerhalb eines  
151 Jahrganges wie von der EU vorgesehen lehnen wir ab, da die bloße Zahl bei dann sinkenden Anforderungen  
152 nichts über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aussagt.

153 **g) Jugend**

154 Viele Menschen unserer Generation sehen keinen Sinn in der Mitarbeit in Staat und Gesellschaft. Auf diese  
155 Menschen müssen wir zugehen. Dieser Aufgabe kann sich nicht allein die Jugendpolitik annehmen. Politik muss  
156 sich generell um Akzeptanz und Verständnis bei Jugendlichen bemühen. Sie muss die Chancen nutzen, die in  
157 den Anregungen und der Kritik Jugendlicher enthalten sind. Sie muss Jugendlichen Chancen der Mitgestaltung  
158 eröffnen und sie zur Übernahme sozialer Verantwortung ermutigen.

159 **h) Sport**

160 Nicht selten haben Sportler eine entscheidende Vorbildfunktion. Daher fördern wir den Sport als  
161 Gemeinschaftsentwicklung – im Breiten- aber auch im Spitzensport. Im Sport können Selbstbewusstsein über  
162 Erfolgserlebnisse, Teamgeist, die integrative Fähigkeit und Ehrgeiz gefördert und ausgeprägt werden. Darüber  
163 hinaus ist ein gesunder körperlicher Zustand Voraussetzung für ein gesundes und gutes Leben. Die  
164 Aufklärung über sportliche Angebote sollte daher erhöht werden. Der Schulsport gehört daher fest zum  
165 verbindlichen schulischen Angebot.



167 **Kinder sind das wichtigste Gut! Sie sind unser größtes Vermächtnis, sie sind Freude und Anstrengung, sind**  
 168 **die Weitergabe unserer Fähigkeiten, Werte und Vorstellungen an die Zukunft. Die Gesellschaft hat die**  
 169 **Pflicht, Kinderreichtum zu belohnen und Verhältnisse zu schaffen, in denen Kinder als Bereicherung für das**  
 170 **eigene Leben empfunden werden – nicht nur im persönlichen Bereich sondern auch dann, wenn es um die**  
 171 **eigene finanzielle Zukunft und Gegenwart geht.**

#### 172 **a) Demographische Entwicklung**

173 Jedoch: wir befinden uns inmitten einer demographischen Katastrophe. Bei weniger als 1,4 Kindern pro Frau ist  
 174 jede Generation in Deutschland nur halb so groß wie die der Großväter. Bei steigendem Durchschnittsalter und  
 175 steigenden Gemeinkosten kann keine technologische oder –Produktivitätssteigerung diese Entwicklung  
 176 kompensieren. Nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich nimmt die Belastung zu: immer weniger  
 177 Berufsanfänger stehen dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung, immer mehr müssen diese zur  
 178 Aufrechterhaltung von Sozialsystem, zur eigenen Vorsorge, zur Finanzierung staatlicher Leistungen usw. tun.  
 179 Brandenburg erfährt heute schon, was andere Länder erst in wenigen Jahren treffen wird – in den nächsten 50  
 180 Jahren wird die Bevölkerung auf unter 2 Millionen fallen, mit entsprechenden Verschiebungen der anteiligen  
 181 Altersschnitte. Was vor Jahrzehnten angemahnt und vielfach ignoriert wurde, wird heute offenbar. Der  
 182 Fortbestand unserer Lebensart, unserer Kultur und unseres Volkes hängt von einem gesunden Verhältnis der  
 183 Kinderzahl zu den Sterbefällen ab. Noch haben wir die Möglichkeit, die Folgen dieser demographischen  
 184 Katastrophe abzumildern – doch es ist entschlossenes Handeln erforderlich. Die bisherigen familienpolitischen  
 185 Programme mit der Schaffung von Kindergärten und Kitas sind ein erster Anfang – doch es braucht mehr. Nach  
 186 der Realisierung der folgen unserer Situation ungeachtet politischer Befindlichkeiten sind  
 187 gesamtgesellschaftliche Anstrengungen notwendig.

#### 188 **b) Die Entscheidung zum Kind**

189 „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr“. So heißt es schon in manchen alten Weisheiten in  
 190 Bezug auf das Rollenverhalten als Elternteil. Und tatsächlich: sich für ein Kind zu entscheiden heißt auch, hohe  
 191 Verantwortung zu übernehmen, Jahre in die Erziehung zu investieren, hohe Zusatzkosten zu tragen, Lärm und  
 192 Unmut zu ertragen und persönliche Einschnitte hinzunehmen. Dennoch gehört das eigene Kind zum wohl  
 193 erfüllendsten, was der Mensch in seinem Leben erfahren kann und ist das bedeutendste Vermächtnis, das der  
 194 Nachwelt hinterlassen wird. Dass es gerade auch Frauen erlaubt sein muss, sich neben der Karriere für ein Kind  
 195 zu entscheiden ist wichtig, da die Entscheidung Kind gegen Karriere allzu oft für letztere fällt. Berufliche  
 196 Wiedereinstiegs- und Teilzeitregelungen, halbe Stellen, ein Fortgang der Karriere ohne tiefere Einschnitte,  
 197 Betriebskindergärten usw. sind zusammen mit staatlichen Maßnahmen positive Ansätze, die hier der  
 198 Entscheidung für ein Kind Vorschub leisten können. Hinzu kommt die immer deutlicher werdende Relevanz des  
 199 Kindes als Leistungsträger späterer Jahre, da die Gesellschaft sich zunehmend fragmentiert und eine Abkehr  
 200 vom Gesellschaftsversorgungsmodell hin zu einem Familienversorgungsmodell zu beobachten und angesichts  
 201 der Unfinanzierbarkeit des jetzigen Standes der Sozialsysteme wohl auch unvermeidlich ist.

202 Wenn zukünftig ein Erwerbstätiger einen Rentner, einen Transferleistungsempfänger und im Idealfall das  
 203 eigene Kind zu tragen hat und durch die Umverteilungskosten, die das Sozialsystem notwendigerweise  
 204 verursacht, kaum etwas über bleibt im Vergleich zu dem, der nicht arbeiten geht und gleichzeitig klar wird, dass  
 205 die Ansprüche der eigenen Kinder aufgrund dieser Umverteilung zugunsten Dritter zurückgestellt werden  
 206 müssen, wird es zu einer vielfachen Abkehr ganzer Familien von Gesellschaft und Staat kommen. Die Akzeptanz  
 207 staatlich auferlegter Steuerzahlungen wird rapide fallen, immer mehr Familien werden sich dem  
 208 jahrtausendealten Modell zuwenden, das bis zur Gründung des Sozialstaates im vorvergangen Jahrhundert in  
 209 Deutschland gängig war und dies vielfach auf der Welt auch noch ist. Wohlstand, Einkommen und  
 210 Dienstleistungen wie Pflege und selbst die grundlegende Ausbildung nützlicher Fertigkeiten werden nicht  
 211 ausschließlich aber zunehmend innerhalb von Familienverbänden geregelt werden und nicht mehr von  
 212 externen Institutionen.

213 Der drohende Bruch zwischen denen, die Kinder bekommen haben und denen, die dies nicht taten, wird zu  
214 Verwerfungen führen, die im heutigen Deutschland undenkbar sind: Altersarmut, vor allem aber  
215 Alterseinsamkeit und hohe Abhängigkeit von geringer werdenden Ressourcen werden weite Teile der  
216 Kinderlosen Bevölkerung treffen – freilich, ohne 100% der Kinder-habenden älteren Menschen auszuschließen.  
217 Wer nicht exzellent vorgesorgt hat, wird von einem Sozialstaat abhängig sein, der dem Begriff der  
218 Grundsicherung eines weitaus andere Bedeutung geben wird, als dies heute der Fall ist.

219 Die gesellschaftliche Fragmentierung in Familienverbände und private Sicherungsnetzwerke kann so bei  
220 fortlaufender Entwicklung zu einem allmählichen Kollaps des Systems führen, wenn zahlreiche Leistungsträger  
221 zu denen gehören, die eine bessere Versorgung und Kapitalanlage in der eigenen Familie als im Sozialstaat  
222 sehen. Dieser Prozess wird im Ganzen nicht verhindert, aber dessen Folgen können abgemildert werden.  
223 Insbesondere eine attraktive Versorgungsstruktur für Kinder und ältere Menschen nach geltenden Standards,  
224 mit entsprechend dafür ausgebildeten Fachkräften ist notwendig, um die Kohäsion der Gesamtgesellschaft zu  
225 erhalten.

226 Eine relevante Größe in der demographischen Betrachtung ist immer auch das Rollenverständnis der Eltern.  
227 Insbesondere die oftmals vernachlässigte Rolle des Mannes ist hierbei zu betrachten: rund ein Drittel aller  
228 Männer bis 40 Jahren bleiben kinderlos- weit mehr als Frauen. Sie sind oftmals mit tradierten Rollenvorbildern  
229 des Ernährers und Versorgers aufgewachsen, sollen heute aber in Vaterschaftsurlaub gehen, sich um die Kinder  
230 kümmern, ein guter Ehemann und das männliche Vorbild in der Familie sein. Es ist aufgrund dieser  
231 zunehmenden Belastung richtig und wichtig, dass auch Männern die Entscheidung zum Kind durch  
232 Erleichterungen im Berufsleben ermöglicht wird. Es muss selbstverständlich sein, dass die Rolle als Vater  
233 gleichberechtigt mit der Rolle des Berufstätigen ist. Eine Balance der Anforderungen und Aufgaben von Mutter  
234 und Vater ist notwendig, um auf Dauer Familie und Lebensglück zu erhalten: Gesellschaft und Staat sollten  
235 daher möglichst wenige wichtige Entscheidungen vorgeben, aber durch Ausbau einer entsprechenden  
236 Versorgungsinfrastruktur und die Anerkennung der Arbeit eines Elternteils die Entscheidung für Familie und  
237 Beruf fördern.

### 238 **c) Anreize schaffen für Eltern**

239 Wir müssen elementar umdenken und auch die berechtigten Wirtschaftsinteressen nach Wachstum, Gewinn und  
240 Umsatz hinter den Bedürfnissen der jungen Eltern und ihrer Kinder zurückstellen müssen. Die Erwerbs- und  
241 Ausbildungsbiographien sind auf eine frühere Familiengründung auszurichten, die sozialen Sicherungssysteme  
242 des Generationenvertrages haben auch in der Rente als erstes die Eltern zu berechtigen, weil diese dem  
243 Generationenvertrag einen Schuldner, die Kinder, gegeben haben.

244  
245 Zusätzlich zur notwendigen Infrastruktur und der Berücksichtigung von Eltern im Berufsleben braucht es  
246 weitere Anreize, um die demographische Entwicklung auf lange Sicht aufzuhalten. Es braucht eine  
247 demographische Rente – wer bei einem vergleichbaren Lebensmodell Kinder bekommen hat, muss im Alter  
248 eine deutlich höhere Grundrente erhalten. Der Staat kann in absehbarer Zeit das Umlagesystem nicht mehr  
249 aufrecht erhalten – das Subsidiaritätsprinzip, dass vor dem Umlagesystem galt, erlebt schon heute eine  
250 Renaissance – nicht weil es so gewollt ist, sondern weil es anders nicht geht. Steuererleichterung: wer Kinder  
251 bekommt, soll weitaus weniger Steuern zahlen, als die, die keine Kinder bekommen, so dass diese Gruppe auch  
252 einen Beitrag für die Zukunft leistet. Die bisherigen Steuervorteile sind hier nicht ausreichend, um ernsthaft als  
253 überzeugender Grund für ein Kind zu gelten. Auf die Ängste der Menschen muss eingegangen werden: die  
254 Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich sein. Deshalb ist es wünschenswert, in der Nähe der  
255 Unternehmen, etwa durch Beteiligung vieler Betriebe in der Nähe Kindertagesstätten einzurichten, die es  
256 Müttern und Vätern ermöglichen, ihr Kind in den Pausen zu besuchen, in der Nähe zu sein. Dies würde den  
257 Unsicherheitsfaktor für die Eltern verringern und sich auf die Produktivität auswirken.

258  
259 Es braucht neben einer Grundzahlung des Kindergeldes auch Vergünstigungen und Gutscheine für  
260 Kinderprodukte: Windelschecks und Babynahrungsgutscheine, später Essensmarken für die Schulspeisung. Dies  
261 ist keine Absage an die Eigenverantwortlichkeit der Eltern, die weiterhin ihr Kind daheim erziehen können und  
262 ein Mindestkindergeld erhalten, sondern ein Sicherheitsmechanismus der Gesellschaft, damit die Leistungen  
263 bei den Kindern ankommen.

264 Sinnvoll wäre es auch, Unternehmen anzuhalten, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben  
265 spezielle Ausflüge für ihre Familien anzubieten, die sich mit Vergünstigungen und unternehmerischen  
266 Angeboten an diejenigen richten, die sich für Kind und Arbeit entschieden haben. Dies steigert die  
267 Gruppenkohäsion und unterstreicht den Wert des Arbeitnehmers mit Kind. Es braucht außerdem eine  
268 gesteigerte gesellschaftliche Anerkennung für Mütter und Väter, egal ob arbeitend oder daheim erziehend:  
269 vergünstigte Kultur- und Sportangebote, Busfahrten und Schwimmbadbesuche: wer ein Kind hat, muss  
270 Respekt für diese Arbeit erfahren, die nicht leicht ist und eine hohe Verantwortung bedeutet.

271

272 Notwendig sind Mechanismen, die die Entscheidung zu mehreren Kindern erleichtert: ein-Kind-Familien sind  
273 gut, aber erhalten kein Volk: wer mehr als ein Kind bekommt, soll von zunehmender Steuererleichterung und  
274 günstigen Staatskrediten profitieren, die mit jedem Kind vorteilhafter werden. Wichtig hierbei: besonders die  
275 derzeit unter dem deutlichsten Kindermangel leidenden erwerbstätigen Schichten müssen gefördert werden,  
276 um einen Ausgleich zu den Teilen der Gesellschaft zu erwirken, die keiner sozialversicherungspflichtigen  
277 Tätigkeit nachgehen, aber eine höhere Geburtenrate aufweisen.

#### 278 **d) Heimat & Patriotismus**

279 Oft bedeutet Heimat Herkunft, nicht immer bedeutet Herkunft Heimat. Dessen ungeachtet benötigt ein  
280 Mensch eine Heimat, die Kraft spenden und Rückhalt geben kann. Wer eine Heimat für sich gefunden hat,  
281 sollte sie ehren und würdigen. Brandenburg gibt vielen Menschen eine Heimat, in der Freiheit, Gleichheit und  
282 Wohlstand ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Herkunft und auch Heimat können oftmals nicht bewusst  
283 ausgewählt werden, dennoch sind und bleiben sie ein unzertrennlicher Teil der eigenen kulturellen Identität,  
284 die es wert ist, geschätzt zu werden.

285 Die historischen Leistungen, die von diesem Land ausgingen, sind unbestreitbar und gehören in kultureller,  
286 technologischer und politischer Hinsicht zu den größten der Geschichte. Darauf können wir stolz sein.  
287 Patriotismus bedeutet nicht die Beschränkung auf nationale Symbolik. Im Gegenteil bedeutet Patriotismus  
288 echte Wertschätzung der Region und Nation, seiner Umwelt und seiner Mitmenschen. Wer sein Land und seine  
289 Herkunft wert schätzen kann, setzt sich mit seinen Kräften für eben dieses ein. Damit wird das  
290 Gemeinschaftsgefühl gesteigert und mithin die Bindekräfte der Gesellschaft über Gruppen und Schichten  
291 hinweg gestärkt. Auch die Integration profitiert von der Wertschätzung des Landes durch die einheimischen  
292 Bürger. Denn es fällt leichter, sich der Leitkultur eines Landes zu öffnen, das von seiner Bevölkerung geachtet  
293 wird, als sich einer Nation anzuschließen, die Selbsthass zum Leitbild erklärt hat. Vaterlandsliebe und die  
294 Hinwendung zu einer größeren, umfassenden Wertegemeinschaft und Kultur sind positiv zu begreifen – als  
295 Basis auch der Wertschätzung von Unterschieden zu anderen. Fehlt eine solche Bindung der Menschen  
296 zueinander, ist eine letztendliche Fragmentierung der Gesellschaft zwangsläufig.

#### 297 **e) Rückholprogramme**

298 Die Ursache für den Wegzug qualifizierter junger Brandenburger, die uns morgen als Arbeitskräfte, Eltern und  
299 Steuerzahler fehlen, liegt in der vielfach wahrgenommenen wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit. Jedoch: immer  
300 mehr Stellen in Brandenburg bleiben unbesetzt, viele neue, auch hochqualifizierte Stellen entstehen in  
301 unserem Land. Hinter der Entscheidung zu gehen, steht oftmals eher ein wirtschaftlicher Zwang, als eine freie  
302 Willensentscheidung. Dies findet auch Ausdruck in der Tatsache, dass mehr als zwei Drittel der Abwanderer  
303 wieder zurückkehren würden, wenn es ihnen wirtschaftlich möglich wäre. Hier gilt es anzusetzen: in anderen  
304 Ländern erfolgreich erprobt sind gezielte Rückholprogramme. Hierbei wendet sich das Heimatland direkt an die  
305 Abwanderer mit dem Angebot, zurückzukehren. In Form von regionalen Produkten, Postkarten und anderem  
306 werden Erinnerungen an die Heimat geweckt. Zusätzlich geben Broschüren Informationen über neue  
307 Stellenangebote und wirtschaftliche Entwicklungen. Damit steigen deutlich die Chancen, qualifizierte  
308 Brandenburger in ihre Heimat zurück zu holen. Brandenburg muss sich aktiver als jemals zuvor am Wettbewerb  
309 um qualifizierte Köpfe beteiligen.

311 **Multikulti ist gescheitert. Ein regelungs- und weitestgehend anforderungsloses Nebeneinanderleben**  
312 **verschiedener größer werdender Gruppen von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen funktioniert schon**  
313 **mittelfristig nicht mehr. Vor den Konsequenzen bisheriger Einwanderungs- und Integrationspolitik in den**  
314 **Feldern Kriminalität, Kultur oder auch bei der Belastung der Sozialsysteme dürfen wir nicht aus Angst vor**  
315 **kritischen Diskussionen die Augen verschließen. Ebenso wie die gelungenen Beispiele des gemeinsamen**  
316 **Zusammenlebens müssen die Probleme behandelt werden, da durch die unterschiedliche Geburtenrate der**  
317 **gesellschaftlichen Gruppen die heute festzustellenden Probleme ohne Lösung weiter wachsen. Es ist**  
318 **festzustellen, dass die dritte und vierte Generation einiger Migrantengruppen nach allen gängigen**  
319 **Indikatoren schlechter integriert ist als die zweite Generation. Gleichwohl erbringen andere Gruppen schon**  
320 **in der zweiten Zuwanderungsgeneration teils bessere schulische Leistungen als die Kinder ohne**  
321 **Migrationshintergrund. In Anbetracht dessen ist eine ehrliche Diskussion unumgänglich.**

322 **Toleranz ist dann falsch, wenn sie dem Falschen dient: es braucht klare eigene Standpunkte und**  
323 **Anforderungen aber auch Angebote an die Zuwanderer. Grundsätzlich gilt: Angesichts von Millionen**  
324 **Arbeitslosen und Geringqualifizierten müssen wir diese primär fortbilden und Möglichkeiten eröffnen, sich**  
325 **wieder in das Arbeitsleben zu integrieren. Dieser Qualifikation und Ausbildung bei der vorhandenen**  
326 **Bevölkerung muss konsequent Vorrang vor Zuwanderung gegeben werden. Unsere demographischen**  
327 **Probleme lassen sich nicht durch Einwanderung en masse lösen, da die Folgeprobleme einer ungesteuerten**  
328 **Zuwanderung auf Dauer größer als die positiven Effekte sind. Eine sich in Parallelgesellschaften mit**  
329 **zunehmendem staatlichen Kontrollverlust und Kriminalitätssteigerung auflösenden Gesellschaft kann auch**  
330 **nicht im Sinne der Menschen sein, die sich für ein Leben in Deutschland entscheiden.**

#### 331 **a) Minderheiten**

332 Historisch gewachsene Minderheiten wie die Sorben und Wenden im brandenburgischen Süden bereichern  
333 unser Land. Sie sind Teil unserer Geschichte und unserer Gesellschaft. In Anbetracht des unterschiedslosen  
334 Zusammenlebens stellt sich heute die Aufgabe, den Identitätskern der Minderheiten zu schützen und zu  
335 bewahren. Insbesondere die eigenständige Sprache und Gebräuche sollten hiervon erfasst bleiben.

#### 336 **b) Qualität statt Quantität**

337 In Deutschland werden zunehmend weniger Stellen in wenig qualifizierten Bereichen angeboten, die immer  
338 mehr offenen Stellen im qualifizierteren Bereich gegenüberstehen. Für Fachkräfte und dringend benötigte  
339 Spitzenkräfte muss sich unser Land offen zeigen, um die Basis unseres Wohlstands, die Wettbewerbsfähigkeit  
340 in Produktion und Technologie zu erhalten. Doch an diese Zuwanderung von Fachkräften müssen klare  
341 Bedingungen geknüpft werden, wie dies in klassischen Einwanderungsstaaten auch konsequent verfolgt wird.  
342 Diese müssen sein:

343 Der Nachweis einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstelle; die Bereitschaft sich zu integrieren und über  
344 Spracherwerb die Grundlage eines gemeinsamen Zusammenlebens zu erfüllen; die Unterordnung unter  
345 geltendes Gesetz.

346 Eine doppelte Staatsbürgerschaft ist abzulehnen. Wenn die Entscheidung für unser Land ab dem 18. Lebensjahr  
347 bei Zuwanderern für eine ausländische Staatsbürgerschaft fällt, gelten die obig genannten Anforderungen. Die  
348 Voraussetzung einer Staatsbürgerschaft aber muss die bewiesene Treue zu deutschem Recht und Gesetz sein.  
349 Wer über eine bestimmte Grenze hinaus straffällig geworden ist, kann nicht deutscher Staatsbürger  
350 werden.

#### 351 **c) Verlässlichkeit der Regeln**

352 Abschiebung muss ultima ratio bleiben. Wer nicht deutscher Staatsbürger ist und gegen Recht und Gesetz  
353 verstößt, muss bei entsprechender Straffälligkeit in sein Herkunftsland ausgewiesen werden können. Eine  
354 Belastung mit integrationsunwilligen Zuwanderern kann weder den gut integrierten Zuwanderern noch der  
355 sonstigen Aufnahmegesellschaft zugemutet werden. Die festzulegenden Regeln, Möglichkeiten und

356 Anforderungen müssen langfristig gelten – wer in unserem Land leben möchte, muss die Möglichkeit haben,  
357 sich auf verlässliche Rahmenbedingungen einzustellen. Aus diesem Grund muss zudem die Aufklärung über  
358 reale Anforderungen und Regelungen in den Herkunftsländern der größten Einwanderergruppen verstärkt  
359 werden.

360 Wer nach entsprechenden Verfehlungen und Prüfungen abgeschoben wird, darf innerhalb eines bestimmten  
361 Zeitraumes die Europäische Union abgesehen von kurzfristiger familiärer Urlaubszusammenführung nicht  
362 betreten. Erst nach Ablauf einer angemessenen Frist darf ein Antrag auf Einreise mit Ziel eines langfristigen  
363 Aufenthalts gestellt werden.

364 Der Familiennachzug muss begrenzt bleiben und an die geltenden Anforderungen angepasst werden. Eine  
365 Ausdehnung der zulässigen Nachholung von Familienangehörigen bis dritten und vierten Grades würde jede  
366 Anstrengung zur qualifizierten Zuwanderung konterkarieren und ist daher abzulehnen. Ein automatischer  
367 Verteilungsschlüssel von Zuwanderern innerhalb der EU steht ebenfalls dem nationalen Recht auf Auswahl der  
368 Einwanderer entgegen. Eine Festsetzung gemeinsamer Anforderungen der EU-Staaten ist allerdings im Rahmen  
369 einer allgemeinen Vertiefung der Koordination und Kooperation wünschenswert. Diese Kooperation muss auch  
370 bei Fragen der Abwehr illegaler Einwanderung in den EU-Raum oder illegalen Verzugs innerhalb des EU-  
371 Raumes notwendig sein. Die Anerkennung von illegalen Einwanderern einzig aufgrund einer langjährigen  
372 Präsenz ohne weitere Kriterien ist abzulehnen und würde gelungenen Gesetzesbruch belohnen.

373 Über eine Sicherung der Außengrenzen und eine zu verstärkende Kontrolle im Balkanraum müssen den in der  
374 EU festgesetzten Anforderungen Nachdruck verliehen werden. Eine menschenwürdige Unterbringung von  
375 Wirtschaftsflüchtlingen allerdings ist ebenso wichtig wie deren Rückführung in die Herkunftsländer, sofern  
376 keine Gefahr an Leib und Leben droht.

#### 377 **d) Wahlrecht**

378 Das deutsche Wahlrecht darf nicht ausgeweitet werden, um einen Missbrauch zu verhindern. Wahltaktische  
379 Überlegungen deutscher Parteien dürfen nicht Grundlage einer Veränderung unseres Wahlrechts sein.

#### 380 **e) Asyl**

381 Die geltende Residenzpflicht für Zuwanderer gerade auch in Brandenburg ist beizubehalten. Wer als Asylant  
382 nach geltendem Recht in unserem Land leben möchte, muss seinen Aufenthaltsort nachweisen um ein  
383 Untertauchen bei vermuteter Ablehnung des Asylantrags zu verhindern. Der Aufnahmegesellschaft kann eine  
384 größer werdende Gruppe von Illegalen Einwanderern nicht zugemutet werden. Die Zusage für ein Asyl sollte an  
385 die bisherigen Anforderungen geknüpft bleiben, um Missbrauch zu verhindern. Eine Rückführung von  
386 anerkannten Asylanten nach Auflösung der Antragsgründe muss konsequent betrieben werden, um  
387 Ressourcen für andere Asylanten mit nun geltenden Gründen zur Verfügung zu haben. Diejenigen aber, die gut  
388 integriert in unserem Land leben, müssen ebenso geachtet, geschützt und behandelt werden wie Deutsche  
389 ohne Migrationshintergrund.

391 **Auf Grund des demographischen Wandels ist bereits heute absehbar, dass das staatliche Rentensystem**  
 392 **zukünftig im heutigen Leistungsumfang nicht mehr finanzierbar sein wird. Daher ist es finanziell unerlässlich,**  
 393 **das Renteneintrittsalter, soweit zumutbar, dynamisch ansteigen zu lassen. Für bestimmte Branchen sollte es**  
 394 **allerdings Ausnahmeregelungen geben – insbesondere die körperlich sehr belastenden Berufe sind hier zu**  
 395 **nennen.**

396 **a) Anpassung an die Realitäten**

397 Die Rentengarantie kann nicht gehalten werden. Eine Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung,  
 398 konkreter: an die Bruttolöhne, ist notwendig. Bei steigenden Bruttolöhnen steigen die Rentenansprüche –  
 399 sinken die Löhne, sinken anteilig auch die Renten. Eine Untergrenze der auszahlenden Renten soll  
 400 verhindern, dass Rentner mit geringen Sätzen bei sinkenden Bruttolöhnen unter ein bestimmtes Minimum  
 401 fallen. Diese Koppelung ist nicht etwa nur wirtschaftlich alternativlos, sondern ist zudem gerecht gegenüber  
 402 denen, die im Umlagesystem die heutigen Renten finanzieren.

403 Für die junge Generation wird das bestehende Umlagesystem keine angemessene Versorgung bieten können.  
 404 Daher müssen weitere Säulen eingeführt werden. Neben der Betriebsrente und der privaten Vorsorge ist dies  
 405 vor allem ein kapitalgedecktes Rentensystem notwendig.

406 In Zukunft wird der Staat nur noch eine Grundrente bieten können. Diese sollte steuerfinanziert sein. Es ist die  
 407 Aufgabe eines jeden Bürgers selbstständig für das Alter vorzusorgen - er muss dazu aber auch die  
 408 Informationen und die Chance erhalten. Der Staat darf dies nicht vorschreiben, muss aber entsprechende  
 409 Angebote, auch sozial Schwachen anbieten. Eine Grundrente auf Sozialhilfeniveau sichert die Existenz, private  
 410 Vorsorge, betriebliche Renten, sowie ein möglicher Kapitalstock bessern diese auf. Auch eine Förderung zum  
 411 Bau von Eigenheimen kann im Alter vor Armut schützen.

412 Das Prinzip der Witwenrente muss den heutigen Bedingungen der Zeit angepasst und überdacht werden. Die  
 413 Gesellschaft muss dafür sorgen, dass bei Versterben des Partners ein bestimmtes Lebensniveau erhalten  
 414 werden kann. Diese Leistungen aber müssen zeitlich begrenzt werden und sich am allgemeinen  
 415 Durchschnittslohniveau orientieren.

416 **b) Lebensarbeitszeit**

417 Entscheidend für Rente und Renteneintrittsalter muss die Lebensarbeitszeit sein. Wer angepasst an die  
 418 steigende Lebenserwartung eine bestimmte, dynamisch Zahl von Jahren gearbeitet hat, soll die Möglichkeit  
 419 haben, früher als zum gesetzlichen Renteneintrittsalter ohne Minderung der Leistungen in Rente zu gehen. Wer  
 420 diese Lebensarbeitszeit nicht erbracht hat, kann erst zum gesetzlichen Renteneintrittsalter aus dem  
 421 Arbeitsleben ausscheiden.

422 Wer nach dem üblichen Renteneintrittsalter arbeiten möchte, soll dies auch tun können. Viele ältere Menschen  
 423 fühlen sich noch in der Lage, arbeiten zu gehen, sind wertvoll für das Unternehmen und in ihren Fähigkeiten oft  
 424 unersetzlich. Diese zwangszuverrenten kann nicht im Interesse der Wirtschaft und des Landes sein.

425 **c) Anrechnung für Kinder**

426 Wer aus einem Berufs- oder Ausbildungsverhältnis heraus sich für ein Kind und dessen Betreuung entscheidet,  
 427 hat Ansprüche auf eine ausreichende Anrechnung dieser gesellschaftlichen Leistung im Alter. Diese Regelung  
 428 ist so zu halten, dass es finanziell lohnenswert ist, sich für ein zweites und drittes Kind zu entscheiden.

429 **d) Generationenausgleich**

430 Durch die demographische Veränderung kommt es zunehmend auch zu Spannungen zwischen den  
 431 Generationen. Auf der einen Seite stehen die, die Wohlstand erwirtschaftet und diesen im Alter beziehen  
 432 wollen. Auf der anderen Seite stehen die, die über das Umlagesystem immer höhere Kosten zu tragen haben

433 und auch im Hinblick auf die politische Mitsprache zahlenmäßig ins Hintertreffen geraten.  
434 Mehrgenerationenhäuser, idealerweise in Zusammenarbeit mit Kitas und Altersheimen sind zu diesen  
435 ausgleichenden Zusammenleben förderlich. Hier können Erfahrungen weitergegeben, Respekt und Werte  
436 erlernt, neue Ansichten kennen gelernt und Freude erlebt werden. Ein Ausgleich zwischen den Generationen  
437 heißt weit über das positive Konzept Mehrgenerationenhaus hinaus, das Bewusstsein für die gegenseitige  
438 Verantwortung, die Rücksicht aufeinander und die Abhängigkeit der Generationen zueinander zu stärken.

439 In politischer Hinsicht stehen bei Wahlen immer weniger junge, arbeitende Menschen immer mehr älteren  
440 Rentenempfängern entgegen. Dies birgt selbst bei einem eingedämmten Generationenkonflikt die Gefahr einer  
441 einseitig auf entsprechende Mehrheiten fokussierten Politik. Um hier entgegen zu wirken, könnte eine  
442 Ausdehnung der Stimmverteilung an der Wahlurne erwägenswert sein:

443 Das Wahlrecht hat zu erkennen, dass ein Kind ein Mensch ist, der demokratische Grundsatz „Ein Mensch, eine  
444 Stimme“ deshalb auch dem Kind ein Wahlrecht gibt, dieses allerdings bis zu seiner Volljährigkeit von den Eltern  
445 pro Elternteil mit einer halben Stimme je Kind ausgeübt wird. Damit gewinnt die Familie in der Demokratie  
446 wieder Gewicht.

447 Zu einem guten Miteinander in der Gesellschaft gehört auch der faire Umgang der Generationen miteinander.  
448 Nicht nur in der Renten- oder Finanzpolitik kann es zu Spannungen kommen, sondern auch die Bevorzugung  
449 einer Generation ist gefährlich. Es muss zu einem Interessensausgleich kommen, der nicht die Älteren oder die  
450 Jüngeren vor den Kopf stößt, sondern zu einem harmonischen Zusammenleben beiträgt.



452 **Ein Staat der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr garantieren kann, verliert sein Existenzrecht.**

453 **a) Rechtsstaat**

454 Es muss klar der Opfer- vor dem Täterschutz stehen. Im Zweifel muss der Sicherheit daher Vorrang eingeräumt  
455 werden und eine grundgesetzkonforme Sicherheitsverwahrung muss nach einheitlicher Regelung im Sinne der  
456 Bürger konsequent angewandt werden. Wir sind der Auffassung, dass Kriminellen mit einer "Null Toleranz"-  
457 Strategie begegnet werden muss. Jede Straftat hat einen Täter und auch ein Opfer. Im Sinne des Rechtsstaats  
458 darf dem Täter nicht mit dem Sachverhalt unangemessener Toleranz begegnet werden. Auch gerichtliche  
459 Absprachen zur Verringerung der Gefangenenzahlen und Verkürzung von Verhandlungszeiten dürfen nicht zu  
460 einer Erosion der öffentlichen Sicherheit führen.

461 Die Justiz im Land Brandenburg genießt den Respekt der Bürger, steht aber auch vor erheblichen Problemen:  
462 insbesondere die langen Bearbeitungszeiten von Fällen sind bundesweit Spitze. Hier besteht erheblicher  
463 Handlungsbedarf.

464 Auch darf es zu keiner Bagatellisierung von Kleinkriminalität kommen. Diebstahl, Drogendelikte oder  
465 Körperverletzung sind keine Kavaliersdelikte. Unsere Lage im Land Brandenburg hat sich über Jahre verbessert  
466 bis zum Fall der Schengen-Grenze. Jetzt muss die Lage neu überprüft werden.

467 Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ist das „Neuköllner Modell“ Vorbild für unser Land: die schnelle  
468 Aburteilung von gefassten Tätern führt den Strafauffälligen die Folgen ihrer Tat schneller vor Augen.

469 **b) Polizei**

470 Es braucht in unserem großen Flächenland genug Sicherheitskräfte, um der Bevölkerung ein Gefühl der  
471 Sicherheit zu vermitteln und vor Ort tatsächlich die Gefahrenabwehr und Verbrechensverfolgung sicherstellen  
472 zu können. Eine Polizeireform ist notwendig, wenn sich die Bevölkerungsstruktur verändert. Allerdings muss  
473 die Polizei in der Lage bleiben, auch in der Fläche die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Finanzielle  
474 Erwägungen sind relevant, müssen aber zur sicherheitspolitischen Realität in Ausgleich gebracht werden.  
475 Mobile Polizeiwachen als Ergänzung zu bestehenden Strukturen sind sinnvoll, können diese aber nicht  
476 ersetzen.

477 Polizeikräfte sind für die Ordnung im Land zuständig. Daher müssen sie auch mit den neuesten technischen  
478 Mitteln ausgestattet werden – gerade beim Polizeifunk gab es bisher Defizite. Diese Möglichkeiten zur  
479 Verbesserung müssen je nach Haushaltslage voll ausgeschöpft werden dürfen.

480 Während in anderen Ländern ein Polizist eine Respektsperson mit weiten Betätigungsfeldern ist, wird er in  
481 Deutschland leider viel zu oft missachtet, ausgebremsst oder mutwillig gewalttätig angegangen. Auch vor  
482 tätlichen Übergriffen ist ein Polizeibeamter nicht mehr sicher – steigende Zahlen müssen hier deutlichstes  
483 Alarmzeichen einer fehlgehenden Entwicklung sein. Daher müssen die Rechte der Polizisten überprüft und  
484 gegebenenfalls erweitert und die Tätigkeit angemessen vergütet werden. Allerdings muss auch der Satz gelten:  
485 Die Polizei dein Freund und Helfer. Hierbei ist zu überprüfen, warum viele Menschen mit der Arbeit der Polizei  
486 unzufrieden sind und wo hierfür die Ursachen liegen. Die Polizei an sich muss in ihrer Arbeit auch kontrolliert  
487 und die Anliegen der Bürger ernst genommen werden. Die Übergriffe auf Polizisten müssen zudem  
488 konsequenter und gegebenenfalls härter geahndet werden. Die Polizeiausbildung als wichtiger Faktor der  
489 Nachwuchsförderung muss der altersstrukturellen Entwicklung der Kräfte gemäß betrieben werden – eine  
490 Ausbildung in Brandenburg mit folgendem „Verkauf“ der Polizisten in andere Länder muss künftig  
491 unterbleiben. Zur Nachwuchsbildung ist eine den Leistungen angemessene Aussicht auf Beförderung wichtig –  
492 der Beförderungsstau führt auf Dauer zu fehlender Attraktivität des Polizeidienstes. Insgesamt sollte die Polizei  
493 an den Brennpunkten mit hoher Kriminalität eingesetzt werden: eine Abwägung zwischen  
494 Geschwindigkeitskontrolle und Grenzkontrollen sollte nachvollziehbar sein. Wir sprechen uns gegen die  
495 Kennlichmachung von Namen auf Polizeiuniformen aus, da ein geringer Nutzen einer dramatisch gestiegenen

496 Gefahr für die Angehörigen der Sicherheitskräfte gegenüberstünde. Das Berliner Modell der Verwendung von  
497 Nummern sollte hier Vorbild im Bereich der Identifizierung bei Beschwerden und ähnlichem sein.

#### 498 **c) Extremismus**

499 Für uns heißt aus der Geschichte lernen, dass wir uns gegen jede Form von Extremismus engagieren. Sowohl  
500 gegen den Linksextremismus als auch gegen den Rechtsextremismus oder den religiösen Fanatismus muss das  
501 Land und muss die Union vorgehen. Mit Aufklärung auch an den Schulen muss dafür gesorgt werden, dass  
502 extremistische Organisationen eine nur so geringe Akzeptanz wie möglich erzielen. Die Wahlergebnisse der  
503 Linkspartei, der NPD und der DVU zeigen die Dringlichkeit dieses Problems.

#### 504 **d) Zielgerichtete Kriminalitätserfassung**

505 Zur gezielteren Prävention, zur besseren Ahndung von Delikten und zur Ehrlichkeit der Diskussion um die  
506 innere Sicherheit ist es notwendig, Tätergruppen nach Herkunft zu identifizieren und zu nennen. Hier aus  
507 politischen Erwägungen oder persönlicher Mutlosigkeit heraus die der Polizei vorliegenden Daten  
508 zurückzuhalten kann nicht im Interesse derer sein, die Opfer von Delikten und Gewalttaten werden. Vor allem  
509 im Bereich der Prävention kann dann zielführend gearbeitet werden.

#### 510 **e) Grenzübergreifende Kontrollen**

511 Nach Wegfall der bisher geltenden innereuropäischen Schengengrenze gab es neben positiven wirtschaftlichen  
512 Auswirkungen auch andere Resultate. Insbesondere eine starke Erhöhung verschiedentscher Delikte in  
513 Grenznähe und im Berlin-nahen Raum erzwingen eine Änderung der bisherigen Kontrollpraxis. Es ist im  
514 Interesse der Berliner, der Brandenburger aber auch der deutsch-polnischen Verständigung der zunehmenden  
515 Kriminalität durch vermehrte Kontrollen und Überprüfungen entgegenzuwirken.

#### 516 **f) Internetkriminalität**

517 In einem demokratischen Rechtsstaat ist es nötig, dass das Volk zu ihren Juristen Vertrauen hat. Daher müssen  
518 auch die Gerichte mithelfen, dass das Internet nicht zum rechtsfreien Raum oder gar zur Spielwiese Krimineller  
519 wird. Das Gewaltmonopol des Staates muss auch dort gelten, allerdings ist den Anforderungen einer freien  
520 Kommunikation Rechnung zu tragen. Eine ausgedehnte Infrastruktur zur Sperrung krimineller oder potentiell  
521 auch politisch unerwünschter Seiten darf es nicht geben – Löschen statt Sperren muss geltende Regelung sein.  
522 Der Staat muss zudem die Institutionen zur Abwehr von Wirtschaftsspionage ausbauen – insbesondere die  
523 steigenden Zahlen von Spionage in deutschen Unternehmen und Behörden erzwingen die Schaffung solcher  
524 Strukturen. Zudem liegt es im Interesse des zunehmend online kommunizierenden Bürgers,  
525 Abmahnkriminalität einen Riegel vorzuschieben: gerade Juristen dürfen ihre vertieften Kenntnisse rechtlicher  
526 Regelungen nicht zur Verunsicherung der Bürger aus persönlichem finanziellem Kalkül missbrauchen. In  
527 unseren Augen müssen die Gesetze voll ausgeschöpft werden.

#### 528 **g) Datenschutz**

529 Beim Datenschutz muss sowohl auf eigenverantwortliches Handeln als auch auf den rechtlichen Schutz der  
530 Privatsphäre gesetzt werden. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen die regelmäßig Schauplatz von  
531 Verbrechen werden, ist richtig und notwendig, solange die Überwachung durch fachlich versierte  
532 Sicherheitskräfte versehen wird, die reagieren können. Die Datenspeicherung kann hierbei nur kurzfristig und  
533 rechtlich streng geregelt ablaufen.

534 Auch die Cookie-gestützte, zielgerichtete Bewerbung von Internetnutzern nach Besuch einer Seite sollte so  
535 reguliert werden, dass Kundendaten nicht automatisch und nicht dauerhaft erfasst werden. Das Interesse an  
536 Werbung steht nicht über dem an Datenschutz.

#### 537 **h) Katastrophenschutz**

538 Die Organisationen des Katastrophenschutzes verdienen Respekt und Unterstützung. Über lange Zeit eher leise  
539 arbeitend, stehen sie erst dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn die erfahrenen und versierten Helfer den  
540 Opfern von Katastrophen schützend und eingreifend beistehen. Daher muss eine Finanzierung der  
541 entsprechenden Strukturen sichergestellt werden. Ein hauptsächliches Problem ist aber die Nachwuchsfindung.  
542 Hierbei kann der verpflichtende Sozialdienst helfen: als Alternative zum geforderten Sozialdienst kann eine  
543 Mitwirkung beim Katastrophenschutz stehen.

544 ***j) Volksentscheide***

545 Wir sprechen uns für Volksentscheide und für eine Erhöhung der Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen  
546 aus. Allerdings ist es hierbei wichtig, einmal getroffene Ergebnisse zu respektieren auch wenn sie politischen  
547 Mehrheitsmeinungen widersprechen. Eine Wiederholung von Volksentscheiden sollte möglich sein, aber einen  
548 zeitlichen Abstand zu ihren Vorläufern halten. Änderungen am Grundgesetz allerdings sollten nur im  
549 parlamentarischen Rahmen möglich bleiben.



551 **Die Bevölkerung Brandenburgs schrumpft – mit gravierenden Folgen für die Versorgung der Menschen. Sich**  
552 **heute darauf einzustellen kann für die Versorgung morgen viel bedeuten. Der Strukturwandel Brandenburgs**  
553 **ist eine Herausforderung, die durch koordinierte Anstrengungen der Kommunen, der Kreise und des Landes**  
554 **zum Vorteil der Einwohner bewältigt werden kann. Es muss unser Ziel sein, Brandenburg als traditionsreiche**  
555 **Heimat vieler Menschen nicht aufzugeben sondern zu bewahren.**

#### 556 **a) Verwaltung**

557 Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut – Probleme und Projekte der Bürger vor Ort können am  
558 besten da behandelt oder organisiert werden, wo sie entstehen und umgesetzt werden. Bürgernähe, Service  
559 und E-Gouvernement als Baustein einer Verwaltung, die dem demographischen Wandel Rechnung trägt,  
560 müssen ausgebaut und professionalisiert werden – was heißt: zielgerichtete Schulungen, Anpassung der  
561 Struktur an die Anforderungen und bürgernahe Erreichbarkeiten. Zudem ist das Subsidiaritätsprinzip, das  
562 Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt, wichtiges Prinzip der Verwaltungsorganisation: der Staat  
563 kann nur da Aufgabenträger sein, wo es unumgänglich ist. Transparenz und eine ausreichende Kontrolle von  
564 verwaltungsmäßigen Vorgängen dienen der Verbindung zum Bürger und sind daher in den einzelnen Bereichen  
565 sicherzustellen.

#### 566 **b) Neue Modelle**

567 Die grundsätzliche Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Kommunikations- und Transportmitteln muss  
568 sichergestellt werden, solange dies wirtschaftlich tragbar ist. Die aktuelle Entwicklung zwingt allerdings  
569 zunehmend mehr Gemeinden dazu, sich selbst substituierend zu versorgen. Wenn sich Einzelhandelsgeschäfte  
570 für die Betreibergesellschaften finanziell nicht lohnen, können Gemeinde-eigene Läden, die zudem Post und Ort  
571 des Austausches sein können ein guter Ersatz sein. Auf dieser Ebene zeigen einige Pilotprojekte, dass sich  
572 kommunale Transportorganisationen, bei denen die Busse von Ehrenämtern gefahren und die Ticketpreise  
573 zum reinen Selbstkostenpreis ausgegeben werden, tragen können.

#### 574 **c) Transportwege**

575 Die Instandhaltung der Straßen ist gerade auch nach strengen Wintern mit entsprechenden Folgeschäden eine  
576 wichtige Aufgabe zur Aufrechterhaltung der Attraktivität eines Raumes. Ist dies in einigen Gegenden finanziell  
577 nicht mehr möglich, ist die Folge ein Absinken der Lebensqualität der nunmehr nicht mehr angebundenen  
578 Räume.

579 Die Versorgung und der Personentransport auf Schienen erweist sich durch Subventionen als durchführbar. Ein  
580 Halt auch in kleinen Gemeinden kann helfen, die Bevölkerungszahl in diesen angebundenen Orten stabil zu  
581 halten. Die Bahn als Unternehmen des Bundes ist angehalten, diesem Auftrag gerecht zu werden. Der  
582 Flughafen BBI sollte durch die Bahn auch nach Brandenburg angebunden werden – gerade die großen Städte  
583 sind hier in der Planung zu berücksichtigen. Eine ausschließliche Bahnanbindung über Berlin ist im Hinblick auf  
584 viele Gäste aus Brandenburg und umgebenden Bundesländern nicht ausreichend.

585 Eine Maut auf deutschen Straßen ist für die Finanzierung notwendig und sollte von allen Verkehrsteilnehmern  
586 erhoben werden. Da die Deutschen bereits eine zielgerichtete Steuer zahlen, sollte hier eine entsprechende  
587 steuerliche Rückerstattung erfolgen, um einen Ausgleich zu nicht-deutschen Verkehrsteilnehmern herzustellen,  
588 die keine weiteren staatlichen Abgaben zur Erhaltung der Infrastruktur in Deutschland leisten. Das Ziel sollte  
589 allerdings eine europäische Vereinheitlichung der Regularien sein.

#### 590 **d) Internet**

591 Die Versorgung der Fläche mit einem modernen Internetangebot, dass die Arbeit auch mit großen  
592 Datenpaketen ermöglicht, kann selbst kostenneutral und unter Zuhilfenahme von Subventionen nicht überall  
593 sicher gestellt werden. Das Ziel der Flächenversorgung bleibt und ist wichtig für die Attraktivität der Regionen  
594 als Wirtschaftsstandorte – sollten die Betreiber das Netz in bestimmten Fällen nicht ausbauen, kann nur eine

595 technologische Verbesserung zu einer verbesserten Versorgung führen. Entwicklung, Forschung Erprobung  
596 hierfür geeigneter Technologien ist daher von herausgehobener Relevanz.

597 Durch die demographischen Veränderungen kann die Notwendigkeit einer kommunalen Strukturreform  
598 erfolgen: die Interessen der Bürger, die Historie zusammenhängender gebiete und die Sinnhaftigkeit einer  
599 verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung müssen dabei aber Berücksichtigung finden.

600 Regionale Wachstumskerne sind ein Erfolgsmodell – einen Rückfall in die alte Gießkannenförderung darf es  
601 nicht geben. Von einer Konzentration auf wirtschaftliche Zentren profitiert das ganze Land.

#### 602 **e) Städteplanung**

603 Die Wiederherstellung historischer Stadtkerne ist eine Investition in die Zukunft. Nicht nur wird der Anschluss  
604 an Historie und Kultur gesucht – auch Touristen werden vermehrt angesprochen.

605 Ein Stadtbau sollte eine Hinwendung zur historischen Kontur der Stadt berücksichtigen. Lückenschluss und  
606 Anpassung an die baulichen Gegebenheiten sind notwendig. Alte Plattenbauten sollten nach Möglichkeit  
607 rückgebaut werden. Sozialwohnungen in Bauten für mehrere Familien allerdings bleiben wichtig, um Menschen  
608 nicht aus ihrer vertrauten Umgebung zu reißen.

609 Grundsätzlich sind Bau und Erwerb von Wohneigentum zu fördern – als Teil der Altersvorsorge aber auch als  
610 Teilaspekt der Strategie, die Menschen in Brandenburg in ihrer Heimat zu halten.



## 611 8. LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND ENERGIE

612 **Die Landwirtschaft macht, gemessen an den erwirtschafteten Umsätzen und den beschäftigten Menschen,**  
613 **nur einen kleinen Teil der brandenburgischen Wirtschaft aus. Doch ihr Wert lässt sich daran nicht allein**  
614 **bemessen. Nicht nur, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln als grundlegendstes Wirtschaftsgut sie vor**  
615 **allen anderen Produktionszweigen hervorhebt; auch ihre Bedeutung als Kulturträger und Ausdruck der**  
616 **ländlichen Prägung Brandenburgs aus der Historie heraus bis heute ist Teil ihres Charakters. Die**  
617 **Landwirtschaft ist nicht nur Subventionsempfänger, sondern vor allem auch Innovationsmotor und wichtige**  
618 **wirtschaftliche Kraft in den ländlichen Regionen.**

### 619 A) LANDWIRTSCHAFT

#### 620 a) *Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft*

621 Damit sich die in den Weltmarkt integrierte wettbewerbsfähige brandenburgische Landwirtschaft mit ihren  
622 hochwertigen Produkten in der Europäischen Union und auf Drittlandsmärkten behaupten kann, fordert die  
623 Junge Union zusammengefasst:

624 Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen, die an die Einhaltung anspruchsvoller Produktionsstandards  
625 geknüpft sind, müssen auch nach 2013 fortgeführt werden. Für die Optimierung der Verbraucherinformation  
626 setzen wir uns für eine transparente Herkunftskennzeichnung, die klar zwischen Erzeugungs- und  
627 Verarbeitungsstandort unterscheidet ein.

628 Die brandenburgischen landwirtschaftlichen Betriebe müssen den Risiken der stärker schwankenden Märkte  
629 begegnen können. Wir sprechen uns daher für die Möglichkeit einer steuerlichen Risikorückstellung aus.  
630 Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass Direktzahlungen zugunsten einer Verbesserung der  
631 Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zurückgestellt werden.

632 Zudem muss eine bundesweit einheitliche Flächenprämie auf der Basis der real bewirtschafteten Fläche des  
633 einzelnen Betriebes die jetzige Prämienverteilung ersetzen. Die ehemaligen volkseigenen Flächen in  
634 Brandenburg, die sich derzeit in öffentlicher Hand befinden, sollten grundsätzlich an in der Region ansässige  
635 Betriebe und Landwirte verkauft oder verpachtet werden. Die weltweit zu beobachtende Akkumulation von  
636 großen Agrarflächen bei wenigen Unternehmen widerspricht der Tradition des bisherigen Anbaus, ist  
637 wettbewerbsgefährdend, reduziert vielfach die Arbeitsplätze und kann zu Versorgungsengpässen  
638 beziehungsweise Nahrungsmittelverteuerungen führen.

639 Insgesamt sollten kleinere Losgrößen für Landkauf ausgeschrieben werden, als bisher – eine maximale  
640 Obergrenze von 10 Hektar erscheint aus landwirtschaftlicher Sicht sinnvoll. Weiterhin sollte der  
641 Gesamtflächenerwerb pro Betrieb auf 100 Hektar beschränkt werden.

642 Patente auf Nutztiere und Nutzpflanzen lehnen wir ab: die unternehmerische Freiheit der Landwirte muss  
643 ebenso gesichert, wie die Monopolisierung des Nahrungsmittelanbaus verhindert werden. Ziel muss es sein,  
644 die Rassen- und Artenvielfalt bei Nutztieren und Nutzpflanzen zu erhalten.

#### 645 b) *EU und Landwirtschaft*

646 Wir sprechen uns für gleiche Rahmenbedingungen für große und kleine Betriebe aus. Die kumulativen  
647 Kostenvorteile größerer Unternehmen sind Teil des freien marktwirtschaftlichen Spieles. Kleine Unternehmen  
648 und Familienbetriebe aber sind nicht selten Hauptakteure für Innovationen und prägen gerade auch das  
649 kulturelle Selbstverständnis der Landwirtschaft. Hier einen Chancenausgleich zu finden ist Aufgabe der  
650 Gesetzgebung auch auf EU-Ebene.

651 Grundsätzlich begrüßen wir die Koordinationsfunktion der Europäischen Union. Die Landwirtschaft des  
652 Kontinents soll im freien Wettbewerb nach Innen und Außen stehen – muss aber grundsätzlich gegen große  
653 Mitbewerber auf dem Weltmarkt in Teilen gestärkt werden, um eine Grundversorgung der eigenen  
654 Bevölkerung jederzeit sicherzustellen. Nahrungsmittel sind im Gegensatz zu anderen Gütern und Leistungen

655 keine optionalen Waren, die je nach Wert in variablen Mengen eingeführt werden können. Die  
656 Zukunftssicherheit der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln ist daher zu erhalten, wenn notwendig mit  
657 den dafür notwendigen Subventionen aber nicht darüber hinaus.

658 Die Junge Union Brandenburg spricht sich gegen eine überbordende Subventionspolitik aus, die es derzeit etwa  
659 erlaubt, in armen Staaten der Welt subventionierte Nahrungsmittel auf den Markt zu werfen und dadurch die  
660 dort heimische Landwirtschaft zu zerstören – mit allen negativen Folgen. Die landwirtschaftlichen Betriebe  
661 stehen in einem freien Wettbewerb und müssen sich messen lassen an ihrer Effizienz und den Innovationen.  
662 Subventionen sollten daher nur das benötigte Grundmaß an Leistungsfähigkeit erhalten und alle weiteren  
663 Vorgänge dem freien Markt überlassen.

664 Exportbeschränkungen auf EU-Ebene sind schnellst möglich abzubauen. So wie die Subventionen auf ein  
665 Mindestmaß gekürzt werden müssen, so soll es auch möglich sein, jede Menge an Nahrungsmitteln zu  
666 exportieren, die der Markt annimmt. Das Wesen der freien Marktwirtschaft ist eben die Freiheit des Handelns  
667 auf der einen und die gleichen Regeln für jeden Marktteilnehmer auf der anderen Seite.

668 Auch die bürokratische Last vieler Regelungen, die mitunter zu einem hohen verwaltungstechnischen  
669 Arbeitsaufwand führt ist auf das notwendigste zu reduzieren und einzuschränken. Der Staat darf seine Bürger  
670 und Landwirte nicht zu unentgeltlich angestellten Staatsbediensteten machen.

#### 671 **c) Den eigenverantwortlichen Verbraucher stärken**

672 Unser Leitbild ist der über Lebensmittel und Nährstoffe informierte eigenverantwortlich handelnde  
673 Verbraucher.

674 Wir sind gegen eine Ampel-Kennzeichnung unserer Lebensmittel, sondern unterstützen die  
675 Nährwertkennzeichnung auf Produkten. Die prozentuale Aufschlüsselung der Nahrung am Tagesbedarf der  
676 eingenommenen Stoffe ist hier besonders praktikabel. Die Junge Union setzt sich für eine frühzeitige Bildung in  
677 Bezug auf gesunde Ernährung ein. Gerade für unsere Kinder ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung  
678 wichtig. Sie haben das Recht auf Bildung und Aufklärung. Diese muss durch die Familie und ergänzend dazu  
679 durch geeignete Schulprogramme stattfinden um das Verständnis für diesen Bereich zu stärken.

#### 680 **d) Gentechnik**

681 Der Einsatz der Grünen Gentechnik wird vielfach sehr emotional und wenig faktenbezogen geführt. Der Blick  
682 über die Grenzen hinaus zeigt jedoch, dass bereits seit Jahrzehnten gentechnisch veränderte Soja-, Mais-, Raps-  
683 und Baumwollsorten angebaut werden. Dabei ist das Verbesserungspotenzial landwirtschaftlicher  
684 Nutzpflanzen bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

685 Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Importeur und viertgrößte Exporteur von Agrarprodukten. Ohne die  
686 Nutzung der Grünen Gentechnik könnte hier ein deutlicher Wettbewerbsnachteil entstehen. Dennoch: viele  
687 Langzeitfolgen gentechnischer Veränderungen sind nicht abschließend überprüft:

688 Es braucht eine ideologieunabhängige Debatte, die auf Wissen und empirischen Forschungsergebnissen basiert  
689 sowie eine weitere Aufklärung in der Bevölkerung. Ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel  
690 ist an einem Punkt der Produktionskette bereits mit gentechnischer Veränderung in Berührung gekommen –  
691 eine Umkehr dieses Prozesses scheint kaum möglich. Der Forschungsstandort Deutschland muss durch den  
692 Ausbau der Forschung an gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gestärkt werden.

693 Alle neuen Sorten sollten jahrelang in aufwendigen Testreihen nicht nur auf Unbedenklichkeit geprüft, sondern  
694 auch darauf, ob sie einen tatsächlichen Mehrnutzen gegenüber jeder bereits zugelassenen Sorte aufweisen.

#### 695 **e) Landwirtschaftliche Energieerzeugung**

696 Die vorhandenen Flächen sind effektiver als bisher zu nutzen. Jedes Jahr gehen dutzende Hektar durch  
697 Versiegelung und Kompensation verloren. Hier gilt es, den Verlust an Böden einzuschränken. Gleichzeitig  
698 werden auf weiten Teilen der Anbaufläche Maispflanzen angebaut, um Energie im Rahmen der Biogasnutzung

699 daraus zu gewinnen. Mais allerdings ist für diesen Zweck nicht die effizienteste Pflanze und wird vor allem  
700 wegen entsprechender Subventionen angebaut – diese sind umgehend zu kürzen und dann abzuschaffen. Die  
701 für die Energiegewinnung beste Pflanze sollte angebaut werden, schon um Monokulturen, Bodenerosion und  
702 die Einengung der Fruchtfolgen zu verhindern.

703 Der Anbau von Energiepflanzen hat der Landwirtschaft neue Zukunftsmöglichkeiten erschlossen – die  
704 Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau ist aber nicht unbeachtlich. Energiepflanzen, die mit hoher  
705 Energieausbeute nicht in erster Linie als Nahrungsmittel dienen anzubauen, könnte hier entspannend wirken.  
706 Biomasse- und Biogasanlagen sind nicht nur sinnvoll, um die Abhängigkeit des Landes von externen  
707 Rohstoffquellen abzubauen, sondern sie schaffen Arbeitsplätze und sichern eine regionale Versorgung. Im  
708 Gegensatz zu Solar- oder Windenergie ist zudem eine Grundlast vorhanden, da die gehäckselten Stoffe dann  
709 vergast oder verbrannt werden können, wenn sie gebraucht werden. Die derzeitigen Speichertechnologien  
710 lassen auch mittelfristig die pflanzliche Energie als gute Alternative zu anderen regenerativen Strom- und  
711 Energiequellen erscheinen.

712 Auch die Nutzung von Abfallstoffen aus der Tierhaltung oder von getrenntem Hausmüll zur Verbrennung ist zu  
713 unterstützen. Gülle- oder (Pferde-)Mistanlagen können durch Fermentationsprozesse zusätzliche Energie- und  
714 Wärmequellen erschließen und die Konflikte um Nutzflächen entschärfen.

---

715 **B) UMWELT**

716 **Wir haben unsere Welt von unseren Vorfahren geerbt und stehen in der Verantwortung, sie unseren Kindern**  
717 **so zu erhalten, dass auch sie ein menschenwürdiges, von schädlichen Einflüssen und Nachteilen freies Leben**  
718 **führen können. Eine aktive Aufklärung über umweltpolitische Themen bereits im Kindesalter –**  
719 **wissenschaftlich begründet und frei jeder Ideologie - ist Grundvoraussetzung für ein**  
720 **verantwortungsbewusstes Verhalten im Erwachsenenleben.**

721 **Daher zählen der Schutz unserer Umwelt, der Arten-, Gewässer- und Klimaschutz zu den wichtigsten**  
722 **politischen Aufgaben nicht unserer, sondern aller Generationen.**

723 **Eine Balance von Ökologie und Ökonomie zu finden ist hier die vordringlichste Aufgabe einer**  
724 **Industriegesellschaft. Als interdependente Faktoren ist der Arbeitsplatz heute ohne die gesunde Umwelt**  
725 **ohne Wert – und andersherum.**

726 **f) Naturschutzgebiete**

727 Unsere brandenburgischen Naturschutzgebiete sind die Schätze unseres Landes - ursprüngliche Natur,  
728 Naherholungsgebiete und touristische Attraktionen. Strikte Naturschutzgesetze und der Ausbau des  
729 touristischen Angebots sind hier gemeinsam wichtig für die Zukunft der Naturschutzgebiete.

730 **g) Hochwasser- und Gewässerschutz**

731 Der Hochwasserschutz spielt in Brandenburg eine große Rolle. Es ist wichtig, in Zusammenarbeit mit anderen  
732 betroffenen Nachbarbundesländern hier eine vorausschauende Vorsorgepolitik zu betreiben, die Hab und Gut  
733 der Brandenburger schützt, die Flüsse möglichst wenig beeinträchtigt und finanziell leistbar ist. Viele  
734 Hochwasserprobleme sind die Folgen eines über Jahrzehnte betriebenen künstlichen Eingriffs in die natürliche  
735 Gewässerstruktur wie etwa Flussbegradigungen und -Umleitungen. Bei Zumutbarkeit für die Anwohner der  
736 betroffenen Flüsse sprechen wir uns auch für entsprechende Renaturierungen wie an der unteren Havel  
737 zwischen Brandenburg an der Havel und Havelberg aus.

738 Schleusenausbau und Flussumleitungen sind vielfach schwere Eingriffe in die Umwelt – langfristige  
739 Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind hier ebenso Grundvoraussetzung staatlichen Handelns wie auch die  
740 Interessen der betroffenen Anwohner.

741 **h) Emission und Geschwindigkeitsbegrenzung**

742 Der Ausstoß von Umwelt- und klimaanverträglichen Emissionen ist daher auf das technologisch und finanziell  
743 herzustellende Mindestmaß zu reduzieren. Gleichzeitig bedarf es der weiteren intensiven Erforschung der  
744 realen Auswirkungen bestimmter Gase auf unser Klima: Klischees und als Allgemeingut gehandeltes Halbwissen  
745 kann eine valide Faktenlage nicht ersetzen.

746 Eine Reduzierung der Fahrtgeschwindigkeiten aus umweltpolitischen Gründen darf nicht zu einer  
747 unzumutbaren Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer und des Verkehrsflusses führen.

748 Umweltpolitische Maßnahmen sind zwingend europäisch und global zu denken und durchzusetzen –  
749 Sonderwege Deutschlands haben real für die Umwelt kaum Auswirkungen, die Vorreiterrolle findet vielfach  
750 keine Nachahmung. Eine verantwortungsvolle Politik führt Deutschland innovativ in eine moderne,  
751 umweltbewusste Zukunft – allerdings ohne dabei die Interessen der deutschen Wirtschaft und der  
752 Arbeitnehmer zu vergessen.

#### 753 ***j) Müllentsorgung- und Trennung***

754 Eine richtig aufgefasste Müllentsorgungs- und Mülltrennungspolitik berücksichtigt die Interessen der Umwelt,  
755 die nicht zusätzlich belastet werden darf, die Interessen der Wirtschaft, die ein finanziell leistbares System  
756 aufrecht erhalten muss, dass effizient die Abfälle entsorgt und weiterverwertet aber auch die Interessen einer  
757 Gesellschaft, die aufgrund einer zunehmenden Ressourcenknappheit in den bestehenden Stoffen eine  
758 Alternative suchen muss.

---

### 759 C) ENERGIE

760 **Brandenburg ist Industriestandort, Innovationsland und, angepasst an die gesamteuropäische Entwicklung,  
761 digitale Gesellschaft. Die Energie als grundlegendste Verbrauchsressource von Wirtschaft, Privathaushalten  
762 und Innovationsentwicklung nimmt hierbei eine entscheidende Rolle ist. Wichtig sind deshalb ein möglichst  
763 günstiger Energiepreis - sozial verträglich und für die Wirtschaft finanzierbar - eine umweltverträgliche  
764 Produktion und die Versorgungssicherheit innerhalb eines vernetzten Europas sowie des die fossilen  
765 Energieträger liefernden Auslandes.**

#### 766 ***j) Erneuerbare Energien***

767 Brandenburg ist ein Energieexportland: als bundesweiter Vorreiter im Bereich der Produktion und Erforschung  
768 erneuerbarer Energien nimmt dieser Sektor einen besonderen Platz in unserer Wirtschaft ein. Die große Fläche  
769 ermöglicht gerade auch im Bereich der Biomasse- und Biogaserzeugung umfangreiche Investitionen. Dies  
770 sichert Arbeitsplätze und ermöglicht es, über den Export von Hightechprodukten aus dem Energiebereich auf  
771 Dauer die heimische Wirtschaft zu stärken.

772 Wichtig ist es hierbei allerdings, in nachhaltige und wirtschaftlich finanzierbare, sozial- und umweltverträgliche  
773 Projekte zu investieren und sich nicht primär an bestehenden Subventionen auszurichten. Vielmehr müssen  
774 sich diese an den jeweils innovativsten Technologien orientieren. Der Export kann aber nur dann beständig  
775 sein, wenn es gelingt, die eigenen Patente zu sichern und eine Technologieführerschaft zu bewahren.  
776 Fehlgeleitete Installationssubventionen, etwa für den Einbau im Ausland hergestellter Solaranlagen sind  
777 Ausdruck falscher Investitionsanreize aus richtigem Antrieb des Umweltschutzes heraus.

778 Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik achtet darauf, das  
779 wirtschaftlichste Gut zu produzieren, fehlgeleitete Subventionen abzubauen und nicht Technologien zu  
780 fördern, die nur aufgrund einer mittlerweile wirkungsstarken Lobby gefördert werden. Erneuerbare Energien  
781 als Nachfolger der fossilen Träger und der Kernkraft benötigen weitere Investitionen in Milliardenhöhe für die  
782 Leitungsnetze, die sich auf dezentrale Produzentenstrukturen und eine fehlende Grundlast einzustellen haben.  
783 Diese Kosten werden auf den Strompreis umgelegt und müssen gerade bei der sozialen Betrachtung der Preise  
784 mit einberechnet werden.

785 Die Zukunft der Energieversorgung könnte in einigen Jahrzehnten durch neue Verfahren wie etwa die  
786 Kernfusion (ITER-Projekt) gesichert sein. International werden viele Milliarden Euro aufgewandt, um diese

787 Technologien zur weltweiten Versorgung mit sauberer, jederzeit verfügbarer und bezahlbarer Energie bereit zu  
788 stellen. Bis zum Einsatz dieser bisher noch nicht am Stromnetz realisierten Projekte bedarf es des weiteren  
789 Ausbaus der erneuerbaren Energien.

790 Fehlanreize im Bereich des Anlagenbaus führen dazu, dass guter Ackerboden trotz knapper werdender  
791 Anbauflächen durch den Bau von Solaranlagen versiegelt wird – einer solchen Fehlentwicklung muss  
792 gegengesteuert werden.

793 **k) Verbraucherschutz**

794 Es bestehen vielfache Möglichkeiten, sich über den Energiepreis zu informieren und als Privathaushalt zum  
795 jeweils günstigsten Anbieter zu wechseln. Preisabsprachen können so durch das Angebot regionaler Anbieter  
796 umgangen werden.



798 **Es gehört zu den christlichen Grundwerten, die Arbeitsleistung des Einzelnen zu respektieren. Wer arbeitet,**  
799 **verdient gesellschaftliche Anerkennung. Der Würde des Menschen entspricht daher eine arbeitsgerechte**  
800 **Entlohnung nach dem Prinzip: Leistung muss sich lohnen. Es gehört zur Normalität heutiger**  
801 **Erwerbsbiographien, über das Leben hinweg mehreren Arbeiten in verschiedenen Bereichen nachgegangen**  
802 **zu sein. Daran müssen sich Aus- und Weiterbildung orientieren.**

803 **a) Ausbildung und Lehrstellen**

804 Die Ausbildungssituation in Brandenburg hat sich verbessert, ist aber noch nicht zufrieden stellend. Anders als  
805 früher muss sich nun unser Augenmerk von der Schaffung von Ausbildungsstellen mehr zu der Vernetzung  
806 bewegen. Vorhandene Ausbildungsplätze werden oft nicht wahrgenommen, die Ausbildungsfähigen nicht  
807 gezielt angesprochen. Hier können und

808 müssen das Land über das Bildungssystem und die Betriebe etwas verändern, um frühzeitig an den Schulen  
809 über die Möglichkeiten in der Umgebung zu informieren und die Abwanderung zu stoppen. Eine zentrale,  
810 ständig zu aktualisierende Online-Datenbank der Agentur für Arbeit wäre hier notwendig. Für Betriebe sollen  
811 Anreize geschaffen werden, auszubilden. Im Interesse eines jeden Unternehmens sind die Qualifizierung der  
812 eigenen Mitarbeiter sowie die Ausbildung von Nachwuchs.

813 Der Fachkräftemangel wird zu einem immer größeren Problem für den Erhalt der Wirtschafts- und  
814 Innovationsleistung aber auch für den demographischen Ausgleich innerhalb der Bevölkerung. Daher ist es  
815 notwendig, die Qualität der Ausbildung den Bedingungen am Arbeitsmarkt anzupassen.

816 **b) Gleichberechtigung und Leistungsgerechtigkeit**

817 Einstellungsquoten sind nicht im Interesse der berücksichtigten Gruppen oder der Unternehmens. Das einzige  
818 Kriterium in Einstellung und beruflichem Aufstieg müssen Leistung, Eignung und Befähigung des Einzelnen sein.

819 **c) Beamte**

820 Die Junge Union Brandenburg steht zu einem Berufsbeamtentum, welches sich ausschließlich auf die Ausübung  
821 hoheitlicher Aufgaben konzentriert.

822 **d) Kündigungsschutz**

823 Der Kündigungsschutz darf nicht verschärft werden, muss aber den aktuellen Anforderungen am Arbeitsmarkt  
824 angepasst werden. Der individuellen Lebens- und Familienplanung ist ebenso wie den gestiegenen  
825 Anforderungen an den Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben Rechnung zu tragen.

826 **e) Mitarbeiterbeteiligung**

827 Der Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung ist vielfach sinnvoll. Ein Angestellter, der anteilmäßig am Unternehmen  
828 beteiligt ist und an Vermögen gewinnt, wenn der Unternehmenswert zunimmt, wird vielfach engagierter und  
829 motivierter arbeiten. Auch können bei ausreichender Anzahl von am Unternehmen beteiligten Angestellten  
830 diese auf den Kurs des Unternehmens Einfluss nehmen. Die Anteile müssen aber jederzeit veräußerbar sein  
831 und dürfen nicht als Ersatz für eine der Inflation angepasste Lohnsteigerung herhalten. Ziel ist es nicht nur, die  
832 Bindung der Angestellten an das Unternehmen und die Bindung der Unternehmen an die Angestellten zu  
833 stärken: auch der Vermögensaufbau des Angestellten kann auf diese Weise gefördert werden.

834 **f) Arbeits- & Ladenöffnungszeiten**

835 Das Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Dazu gehört auch eine

836 flexible und individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten. Hierbei muss auf die Bedürfnisse der Familien  
837 eingegangen werden.

838 In diesem Sinne sprechen uns dafür aus, die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag frei zu geben.  
839 Grundsätzlich, mit berufsspezifischen Ausnahmen, muss der Sonntag als Ruhetag erhalten bleiben.

#### 840 **g) Zeitarbeit und Leiharbeit**

841 In Zeiten der Krise hat sich das Modell der Zeitarbeit als wirksame Methode zur Reduzierung der  
842 Krisensymptome erwiesen. Sie sind geeignete Instrumente zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zur  
843 Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Allerdings sind diese Instrumente im Rahmen einer langfristigen  
844 Familienplanung und um der Verunsicherung der Arbeitnehmer in der individuellen Lebensplanung  
845 entgegenzuwirken nach der Krise reduzieren.

#### 846 **h) Minijobs**

847 Der bürokratische Aufwand zur Schaffung von Minijobs gerade im kurzfristigen Bereich muss deutlich reduziert  
848 werden. Dem dauerhaften Ersatz fester, sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Minijobs allerdings muss  
849 entgegengewirkt werden.

#### 850 **i) Mindestlohn und Tarifautonomie**

851 Die Junge Union Brandenburg spricht sich für branchenspezifische Flächentarife aus. Grundsätzlich sprechen  
852 wir uns gegen Mindestlöhne aus. Allerdings muss ein Stundenlohn sich an dem Satz orientieren, ab dem sich  
853 eine Arbeitsleistung gegenüber einem Transferleistungseinkommen lohnt. Die kumulierten Transferleistungen  
854 in Geld- und Sachleistungen von derzeit etwa 801 Euro pro Person, runter gebrochen auf die durchschnittliche  
855 Arbeitszeit plus einem prozentual festzusetzenden Leistungsaufschlag, der klar macht, dass sich Arbeit lohnen  
856 muss, bilden hier die Untergrenze.

857 Eine europäische Harmonisierung der Arbeitskosten lehnen wir aufgrund der unterschiedlichen  
858 Lebenshaltungskosten, Produktivitäten und Wirtschaftsstrukturen ab. Eine bereits erfolgende übernationale  
859 Koordinierung darf nicht zu einer Vereinheitlichung führen, die die Leistungsstarken europäischen Länder  
860 abbremst, nur um die Leistungsdefizite anderer Staaten formal auszugleichen. Ein Wettbewerb zwischen den  
861 einzelnen volkswirtschaftlichen Wirtschaftsmethoden zwingt eher zu Strukturanpassungen als Gleichmacherei  
862 vom Reißbrett.

#### 863 **j) Soziales**

864 Der Sozialstaat muss reformiert werden, um auch in Zukunft noch bezahlbar zu sein. Vor allem muss er für  
865 Arme, Kranke, Schwache und Hilfsbedürftige leistungsfähig sein. Solidarität und Gerechtigkeit sind die  
866 Schlagworte des Sozialstaates. Doch um dies aufrecht zu erhalten, müssen Strukturreformen erfolgen. Es muss  
867 klar sein: wer arbeiten geht, muss gegenüber dem, der nicht arbeiten geht einen deutlichen finanziellen Vorteil  
868 genießen.

#### 869 **k) Sozialdienst**

870 Den Leistungen der Gesellschaft an denen, die von einem Transfereinkommen leben, muss eine entsprechende  
871 Gegenleistung entgegenstehen. Die besteht zuvorderst in dem Bemühen um eine feste Arbeitsstelle. Um  
872 denen, die arbeitsfähig sind aber keiner geregelten Tätigkeit nachgehen einen strukturierten Tagesablauf zu  
873 ermöglichen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern ist eine gemeinnützige Arbeit  
874 einzurichten. Die Höhe der erhaltenen Transferleistungen und der Umfang der zu leistenden gemeinnützigen  
875 Arbeit müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Diese Tätigkeiten beschränken sich auf  
876 Bereiche, die den Fähigkeiten der Arbeitenden angemessen sind und keine sozialversicherungspflichtigen  
877 Stellen ersetzen, was kommunal im Vorhinein zu prüfen ist. Wer dieser geregelten, gemeinnützigen Arbeit  
878 nachgeht, ist angehalten, sich weiterhin um einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu bemühen,  
879 erhält aber für die Zeit der Tätigkeit den oben beschriebenen Mindestlohn.

880 **l) Gesundheit**

881 Die Ärzteversorgung auf dem Land muss sichergestellt werden: gerade ältere Menschen können weder weit  
882 fahren, noch lange auf einen Arzt warten. Sollte diese Versorgung temporär nicht sichergestellt werden  
883 können, ist die bewährte Idee einer Gemeindegeschwister unbedingt zu unterstützen. Ferndiagnosen durch  
884 Fachkräfte in Koordination mit medizinisch ausgebildeten Kräften vor Ort sind ebenfalls auszubauen.

885 Die Menschenwürde ist unantastbar. Es ist daher die Versorgung gerade auch der älteren Menschen  
886 uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Die entsprechend notwendigen Mittel und Stellen müssen auch  
887 weiterhin in der Fläche, zur Verfügung stehen.

888 Der Wettbewerb zwischen privaten einerseits und gesetzlichen Krankenversicherungen andererseits sollte  
889 weiter gestärkt und die Privatvorsorge gefördert werden. Die Vorsorgeuntersuchung für Babys und Kleinkinder  
890 muss unbedingt kostenlos beibehalten bleiben. Gesunde Kinder müssen dem Staat diese  
891 Vorsorgeuntersuchung wert sein.

892 Auch die im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hohen Medikamentenkosten sollten überprüft und  
893 gegebenenfalls gedeckelt werden – unternehmensspezifischer Profit und die Gesundheit der Menschen  
894 müssen in einem gesunden Verhältnis nicht zulasten der Bürger stehen.

895 **m) Pflege**

896 Die Pflege von Alten und Kranken ist am Anspruch eines menschenwürdigen Lebens für jeden Einzelnen zu  
897 messen. Es kann keine einheitliche Pflege geben – es muss aber Mindeststandards geben, die für jeden gelten.  
898 Der Anspruch auf ausreichende Pflege und Medikation ist nicht diskutabel. Die Anforderungen an die Pflege-  
899 und Altersheime sind so zu halten, dass bei festgestellten Verstößen der Betrieb der Einrichtung umgehend  
900 eingestellt wird. Die Kontrollen müssen regelmäßig und flächendeckend gehalten werden. Der  
901 Betreuungsschlüssel ist an den Anforderungen zu messen und strikt einzuhalten.

902 Die Ausbildung des Pflegepersonals muss den Anforderungen entsprechen – auch in den Einrichtungen, die von  
903 sozial schwachen Rentnern besucht werden. Der Sozialstaat muss hier denen helfen, die sich eine  
904 Mindestpflege nicht leisten können.

906 **Unser Ziel liegt in einer wachstumsorientierten, nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft, die Ökologie und**  
907 **Ökonomie vereinigt. Wir müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen nutzen, um Brandenburg**  
908 **wettbewerbsfähig zu halten und die Wirtschaft zu stärken. Privat geht vor Staat – wir glauben an**  
909 **Innovationskraft, Leistungsfähigkeit und Verantwortung von Bürgern und Unternehmen. Das entbindet den**  
910 **Staat aber nicht von seiner Aufgabe als Hüter eines freien Marktes mit fairen Einstiegs- und**  
911 **Entwicklungsmöglichkeiten.**

912 **A) WIRTSCHAFT**

913 **a) Wettbewerb**

914 Der freie, marktorientierte Wettbewerb zwischen Gütern, Ideen und Dienstleistungen fördert Innovation und  
915 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Diesen zu erhalten ist daher ebenso staatliche Aufgabe wie die  
916 Verhinderung von Missständen: Monopole und Preisabsprachen sind ebenso schädlich für die gesamte  
917 Wirtschaft und den einzelnen Verbraucher wie staatliche Eingriffe dort, wo privates Engagement ersetzt wird.

918 **b) Verantwortung der Unternehmen**

919 Jedes Unternehmen hat eine soziale Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern. Deutschlands  
920 wirtschaftliche Stärke basiert zum nicht unerheblichen Teil auf diesem Interessenausgleich. Jeder  
921 Entscheidungsträger muss sich seiner Verantwortung gegenüber Gott, den Menschen und der Natur bewusst  
922 sein.

923 **c) Nachhaltige Wirtschaftsförderungspolitik**

924 Grundsätzlich soll auf eine monetäre Förderpolitik zugunsten einer nicht-monetären Förderung verzichtet  
925 werden. Es ist bei der Hilfe von Ansiedlungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu beachten, dass die Hilfe  
926 auf langfristiger und nachhaltiger Basis steht: nicht vergessen werden darf aber, dass es der Mittelstand ist, der  
927 das Rückgrat der Wirtschaftskraft und Innovation bildet. Dort entstehen die meisten Arbeitsplätze, dort wird  
928 die Vielzahl der Entwicklungsarbeit geleistet. Daher sollten die Belange und Interessen des Mittelstandes auch  
929 zentral für die Wirtschaftspolitik des Staates sein. Insbesondere die Neugründung von Unternehmen geht in  
930 Deutschland an der Zahl zurück, das Know-how ist vielfach nur schwer nutzbar – hier kann der Staat durch eine  
931 gezieltere Förderungspolitik in die Zukunft investieren. Erheblich wird hierbei auch der Faktor einer älter  
932 werdenden Gründergemeinschaft sein – auch in höherem Alter sollten Mut und Idee zur Gründung stärker  
933 belohnt werden.

934 **d) Daseinsfürsorge und Privatisierung**

935 Gerade in Folge des Grundsatzes „Privat vor Staat“ stellt sich die Frage nach der Versorgungsfähigkeit einer  
936 Volkswirtschaft mit grundlegenden Gütern wie Wasser, Strom und Kommunikation. Hier werden allzu oft  
937 Hoffnungen auf Effizienz und bezahlbare Güter durch freien Wettbewerb zuungunsten von Innovation und  
938 Bürgern enttäuscht. Eine Herstellung des effektiven Preiswettbewerbs kann nur durch strikte Verbote und  
939 Untersuchungen von Preisabsprachen gewährleistet werden. In den Fällen, in denen Teuerung und fehlender  
940 Wettbewerb nach gänzlicher Privatisierung sichtbar sind, ist es sinnvoll, Leitungsnetze zu 50% plus einem Anteil  
941 vorerst in öffentlichem Besitz zu halten. Nur so können wettbewerbsfeindliche Benachteiligungen Dritter durch  
942 private Netzbetreiber vermieden werden.

943 **e) Kommunale Beteiligung**

944 Eine wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen und des Landes ist grundsätzlich abzulehnen, da öffentlichen  
945 Unternehmen zumeist Vorteile in Besteuerung und Unterstützung entstehen, die den Wettbewerb  
946 einschränken und so dem Bürger zum Nachteil gereichen.

947 **f) Tourismus**

948 Unser Land als Nah- und Fernziel für Millionen Touristen gehört mit seinen Kulturpunkten zu dem schönsten  
949 Teil unseres gemeinsamen Erbes. Der Weiterbau einer auf Tourismus ausgelegten Infrastruktur ist daher  
950 ebenso wichtig wie der Erhalt dessen, warum uns Millionen von Menschen besuchen: Natur, Kultur und  
951 geschichtliches Erbe. Als Wirtschaftsfaktor und Ausweis der Attraktivität Brandenburgs ist der Tourismus für  
952 uns daher entsprechend relevant.

953 **g) Industrie**

954 Der Erhalt unserer Industrie ist von größter Wichtigkeit. Eine Dienstleistungsgesellschaft kann wirtschaftlich  
955 keine Industriegesellschaft ersetzen. Die Mehrheit aller Dienstleistungen ist im Umfeld industrieller Leistungen  
956 angesiedelt. Diese Industrie liefert auch einen erheblichen Teil der Investitionen und Innovationen. Eine  
957 Anpassung der Strukturen auf neue Produkte wird durch den Markt gefordert - die Aufgabe des Staates ist es  
958 daher, die Bedingungen für industrielle Arbeit zu bewahren wie es Aufgabe der Gesellschaft ist, sich das  
959 Bewusstsein für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erhalten.

960 **h) Ressourcensicherung**

961 Die Sicherung von seltenen aber wirtschaftlich nicht substituierbaren Rohstoffen ist eine wichtige Aufgabe für  
962 eine Volkswirtschaft. Der Staat muss ein Interesse daran haben, den Bezug von Rohstoffen auch auf einem  
963 schwieriger werdenden Markt mit höheren Bezugspreisen für die Unternehmen offen zu halten. Dies muss  
964 nicht zwingend über staatliche Anteile an ausländischen Mienen und Fördergesellschaften wie in anderen  
965 Staaten üblich geschehen. Allerdings kann auf einem freien Markt nur gehandelt werden, wenn das Handelsgut  
966 auch tatsächlich verfügbar und der Bezugspreis in wirtschaftlich vernünftiger Höhe gesetzt wird. Sollte dies  
967 durch künstliche Verknappung ausländischer staatlicher Unternehmen nicht der Fall sein, muss zum Ersten die  
968 Forderung eines freien Zugangs und zum Zweiten der Aufbau einer eigenen Ressourcengrundsicherung  
969 erwogen werden.

970 **i) Forschung und Entwicklung**

971 Deutschland lebt wirtschaftlich in erster Linie von Idee, Intellekt und Innovation. Deshalb ist der Staat  
972 angehalten, die Bedingungen für junge Wissenschaftler so zu gestalten, dass Grundlagen- und Spitzenforschung  
973 in Deutschland nicht weiter unter erheblicher Elitenabwanderung zu leiden haben. Gerade auch Brandenburg  
974 hat nur dann Zukunft, wenn die Produkte unseres Landes so viel besser sind, wie sie im internationalen  
975 Vergleich teurer sind. Geht unser Vorsprung in Qualität und Technik verloren, erodiert die Basis unseres  
976 Wohlstands. Deshalb dürfen Technikfeindlichkeit und Rückwärtsgewandtheit nicht Optimismus und Innovation  
977 ersetzen.

978 **B) FINANZEN**

979 **Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.**

980 **j) Leitsatz**

981 Brandenburg muss auch für die kommenden Generationen handlungsfähig bleiben. Eine zukunftssichernde  
982 Haushaltspolitik mit Weitblick ist notwendig, um die schwierigen Herausforderungen finanzieren zu können.  
983 Dabei bedarf es keiner Symbolpolitik und Geschenke für bestimmte Wählergruppen, sondern eines gezielten  
984 Einsatzes der knapper werdenden finanziellen Mittel. Transparenz muss im Vordergrund stehen, um nötige  
985 Veränderungen erklären zu können.

986 **k) Ausgangssituation**

987 Der Brandenburger Haushalt, belastet durch siebenhundert Millionen Euro an Zinsen für beinahe zwanzig Milli-  
988 arden Euro Schulden, muss in den nächsten Jahren tiefgreifend reformiert werden. Die Ausgaben sind um 20%

989 zu senken, um eine den Einnahmen angemessene Situation und das Ziel einer Vermeidung von Neuschulden-  
990 aufnahme zu erreichen. Insbesondere die sinkenden Solidarpaktmittel, die geringer werdenden EU-  
991 Subventionen sowie die Verringerung der Einwohnerzahl, die die Bundeszuweisungen je 10.000 Einwohner um  
992 26 Millionen Euro sinken lassen, zwingen zu diesem Vorgehen. Hinzu kommen eine drastisch steigende Pensi-  
993 onsforderungslast und die Kosten des Strukturwandels im ländlichen Raum.

994 Die Verschuldung pro Einwohner, welche im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern um ein vielfaches  
995 höher liegt, muss in der Zielsetzung entsprechend reduziert werden. Das heißt: das Festhalten an der Schul-  
996 denbremse ohne Ausnahmeregelung ist Basis einer soliden Finanzlage, an deren Ende ein Einstieg in den  
997 Schuldenabbau stehen kann.

#### 998 ***l) Schuldenbremse***

999 Die von Bund und Ländern vereinbarte Schuldenbremse sieht vor, dass der Bund ab 2016, maximal 0,35% des  
1000 BIP, und die Länder ab 2020, keine neuen Schulden machen dürfen. Dies gilt nicht im Falle von Naturkatastro-  
1001 phen oder ähnlichen. Weiterhin dürfen bei konjunkturellen Schwankungen, die definiert werden müssen, über  
1002 ein Sonderkonto maximal 1,5% des BIP (auch Länder) neue Schulden gemacht werden, die anschließend  
1003 schnellstmöglich zurückbezahlt werden müssen. Dies kann nur geschehen, wenn eine Schuldenbremse in der  
1004 Landesverfassung verankert ist. Die Junge Union Brandenburg steht dafür, dass eine solche Schuldenbremse in  
1005 die Landesverfassung aufgenommen werden muss. Außerdem soll sie eine Regelung zur schrittweisen Absen-  
1006 kung der Neuverschuldung bis 2016 rechtlich festlegen.

#### 1007 ***m) Demographie und Personal***

1008 Brandenburg wird im nächsten Jahrzehnt die Folgen des demographischen Wandels immer stärker spüren.  
1009 Allein die Mindereinnahmen durch den Wandel liegen bei einigen hundert Millionen Euro. Dazu kommen höhe-  
1010 re Ausgaben für Sozialleistungen.

1011 Auch die Brandenburger Verwaltung wird diesen Trend zu spüren bekommen. Bereits jetzt liegt das Durch-  
1012 schnittsalter weit über 50 Jahren. Außerdem wird die Versorgung nach Dienstende immer teurer. Wir setzen  
1013 uns, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten, für eine bessere Altersstruktur und bessere Einstiegschancen für  
1014 junge Menschen in der Verwaltung ein.

#### 1015 ***n) Kommunen***

1016 Nicht nur die Landeshaushalte sind hoch verschuldet, auch die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte.  
1017 Selbst bis jetzt schuldenfreie oder fast schuldenfreie Landkreise müssen neue Schulden aufnehmen. Am drama-  
1018 tischsten ist jedoch die Situation in den kreisfreien Städten, vor allem in Brandenburg, Cottbus und Frank-  
1019 furt/O. die um ihre Existenz kämpfen. Alle Kommunen geben jedoch als größtes Problem die nicht ausfinanzier-  
1020 te Übertragung von Aufgaben der sozialen Sicherung an, vor allem zur Wohnungsunterstützung und zum ALG II  
1021 sowie den Zuschüssen zur Kitabetreuung. Gerade in den außerhalb gelegenen Ballungsräumen gibt es hier  
1022 große Probleme – letztlich aber müssen die Träger der Kosten auch über die Einführung der Leistungen ent-  
1023 scheiden. Wir stehen daher zu dem Grundsatz: Wer bestellt muss auch bezahlen.

1024 Die Junge Union Brandenburg setzt sich für einen verbesserten Ausgleich zwischen den Regionen und eine  
1025 verbesserte Ausfinanzierung ein. Die Struktur der Kommunalfinanzierung muss neu überdacht werden, ebenso  
1026 wie Aufgaben und zukünftige Verwaltungseinheiten. Dies muss noch dem Motto geschehen, dass beim Bürger  
1027 alles vor Ort geschieht, aber dann eine flexible Verwaltung die Aufgaben effizient lösen kann. Eine Reform der  
1028 Kreise ist unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen. Wir müssen flächendeckend das Prinzip von Public  
1029 Governance einführen um alle Gruppen am Staat zu beteiligen. So ist etwa bei der Prioritätsfestlegung von  
1030 Investitionen eine Abstimmung der Bürger vielfach sinnvoll.

1031 **o) Subventionen**

1032 Grundsätzlich sprechen wir uns für eine Überprüfung aller staatlichen Ausgaben und Aufgaben aus; eine Sub-  
1033 vention gegenläufiger Programme und Investitionen darf es nicht mehr geben – Basis einer Vermeidung insbe-  
1034 sondere von Standort-Fehlinvestitionen ist aber eine einheitliche Regelung auf Landes- und Bundesebene.

1035 **p) Steuern**

1036 Die Grunderwerbssteuer ist so niedrig wie möglich zu halten, um indirekt den Bau von Häusern zu fördern, die  
1037 Heimat und Mittelpunkt des Lebens in unserem Land sein sollen. Eine Erhöhung kann fiskalisch nur mittelfristig  
1038 attraktiv sein, da auf längere Sicht der Bau von Eigenheimen quantitativ zurückzugehen droht.

1039 Die Erbschaftssteuer bei Übergabe von Unternehmen ist abhängig von der Weiterführung des Betriebes zu  
1040 halten. Diese Steuer könnte ausgesetzt werden und entfallen, wenn das betroffene Unternehmen auf 5 Jahre  
1041 weitergeführt wird. Geschieht dies nicht, wird die Steuer in vollem Umfang erhoben. Hierdurch könnte der  
1042 heute schon spürbare Mangel bei Unternehmensnachfolgen abgemildert werden.

1043 Wir sprechen uns gegen eine Vermögenssteuer aus, die vielfach besteuertes Vermögen, dass sich zu üblichen  
1044 Marktzinsen kaum gegen die Inflation erhalten kann, angreift. Zum Einen hätte dies bei nur einem kurzfristigen  
1045 Aufwachsen der Steuereinnahmen langfristig eine drohende Kapitalabwanderung zur Folge, zum anderen  
1046 würden Investitionsmittel für wirtschaftliche Zwecke fehlen – mit allen entsprechenden Folgen.

1047 Eine Gesamtrevision des geltenden Steuersystems zum Zwecke der Vereinfachung ist ebenfalls Ziel der Jungen  
1048 Union Brandenburg.

1049 **q) Verantwortung von Wirtschaft und Staat**

1050 Wer in der freien Marktwirtschaft Risiken eingeht, um Gewinne zu erwirtschaften, muss an diesen bei  
1051 Realisierung auch ohne eine zu hohe staatliche Abschöpfung partizipieren. Andererseits muss ein eintretendes  
1052 Risiko auch privatwirtschaftlich getragen werden – ein Aufkommen der Allgemeinheit auch bei größeren  
1053 Finanzinstituten muss verhindert werden. Eine geregelte Insolvenz auch mit erheblichen Folgen ist einer  
1054 dauerhaften Verschuldung und Überschuldung von Staaten nach geleisteter Finanzhilfe vorzuziehen. Zur  
1055 Vermeidung von krisenhaften Situationen sind klare und verbindliche Regeln des Staates an einen freien Markt  
1056 unumgänglich, die Risiken und haftungsrechtliche Situation klar werden lassen.

1057 **r) Europäische Finanzen**

1058 Auf europäischer Ebene ist der Weg in eine Transferunion falsch: nur eine klare Verantwortung für eigenes  
1059 Handeln kann zu notwendigen Strukturanpassungen führen. Statt einer erzwungenen Nivellierung  
1060 verschiedener Systeme auf ein einheitliches Niveau lebt Europa von den Unterschieden der Regionen und  
1061 Mitgliedsstaaten – eine freiheitliche Konkurrenz der verschiedenen Modelle dient hier der gesamten  
1062 Europäischen Gemeinschaft.

1064 **Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Teil des christlich-jüdisch geprägten Europas. Unser Land ist reich an**  
 1065 **Tradition und Geschichte, unsere Kultur ist über Europa hinaus bekannt und geschätzt. Diese Kultur sieht auf**  
 1066 **eine Entwicklung zurück, die sich über mehrere Jahrtausende erstreckt. Wenngleich wir sie nicht in Gänze als**  
 1067 **Teil der Identität Deutschlands betrachten können, so dürfen wir sie jedoch als Teil der deutschen Identität**  
 1068 **für uns in Anspruch nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger sind mehr als nur ein**  
 1069 **großzügiger Sozialstaat, eine ausgebaute Infrastruktur oder eine Exportnation. Das deutsche Volk besitzt**  
 1070 **eine kulturelle Identität, deren Erhaltung jedermanns Pflicht ist. Die Wertschätzung und der Respekt**  
 1071 **gegenüber anderen Kulturen und Nationen machen die Toleranz einer Gesellschaft aus. Grundsätzlich gilt,**  
 1072 **was schon Friedrich der Große sagte: "Die Religionen müssen alle toleriert werden und der Fiskus muss nur**  
 1073 **das Auge darauf haben, dass keine der anderen Abbruch tue, denn hier muss ein jeder nach seiner Façon**  
 1074 **selig werden." Diese entbehrt aber nicht des Respekts und der Wertschätzung gegenüber der eigenen Kultur**  
 1075 **und Nation.**

1076 **a) Geschichte**

1077 Insbesondere in einer zunehmend globalisierten Welt sind eigene Identität und das Bewusstsein für die eigene  
 1078 Herkunft, deren Grundlage die deutsche Kultur ist, essentiell. Die übergeordnete europäische, christlich-  
 1079 abendländische Kultur kann hier verbindendes Element aber nicht Ersatz nationaler Identität sein.  
 1080 Brandenburgs Geschichte ist vielseitig und wechselhaft. Zwischen Zeiten größter wirtschaftlicher und  
 1081 kultureller Blüte und den Abgründen von Krieg, Vernichtung und bitterem Leid liegen oft nur wenige Dekaden.  
 1082 Das Bekenntnis zur Geschichte seiner Region ist unabdingbar für ein Volk, welches eine gute Zukunft zu haben  
 1083 wünscht. Unser Schamgefühl für die dunklen Seiten unserer Geschichte darf jedoch nicht dazu führen, die  
 1084 Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Nation zu verleugnen und zu verdammen. Eine kritische  
 1085 und offene Auseinandersetzung mit unserer Herkunft und Geschichte sind Grundlage unseres heutigen  
 1086 Selbstverständnisses. Die heutigen Generationen tragen keine Schuld an historischen Verbrechen, stehen aber  
 1087 in der Verantwortung, die Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung einer positiven Zukunft zu ziehen.  
 1088 Unsere Geschichte umfasst beides: die schmerzlichen Erfahrungen und auch die tugendhaften Zeiten. „Aus der  
 1089 Schwärze der Knechtschaft durch blutige Schlachten ans goldene Licht der Freiheit“. Dieser Schlachtruf aus den  
 1090 Befreiungskriegen gegen Napoleon steht für eine der Grundlagen unserer heutigen Nationalfarben Schwarz-  
 1091 rot-gold. Zu diesen Farben und zu deren Geschichte bekennt sich die Junge Union Brandenburg aus vollem  
 1092 Herzen. Deren Werte zu verteidigen, dafür stehen wir ein.

1093 Geschichtsverfälschung, wie es im Dritten Reich oder der DDR an der Tagesordnung war, darf es in der ersten  
 1094 demokratischen Regierungsform seit Weimar in Brandenburg nicht mehr geben. Darum fordert die JU  
 1095 Brandenburg einen ideologiefreien und objektiven Geschichtsunterricht an den brandenburgischen Schulen.  
 1096 Die DDR und die Verbrechen des SED-Regimes müssen genau so ausgiebig behandelt werden, wie der Zweite  
 1097 Weltkrieg und die Shoah. Es ist daher unabdingbar darauf zu achten, dass nicht heute Vertreter und Anhänger  
 1098 vergangener Ideologien als Lehrer das Bild unserer Geschichte prägen. Historisch belastete Personen dürfen  
 1099 nicht erneut über unsere Zukunft entscheiden.

1100 Der Geschichtsunterricht an brandenburgischen Schulen ist daher verpflichtend für alle Jahrgänge einzuführen.  
 1101 Im Unterricht ist der Fokus auf die wesentlichen Ereignisse der deutschen und internationalen Geschichte zu  
 1102 legen, um ein umfangreiches Verständnis für historische Zusammenhänge zu schaffen.

1103 **b) Kultur**

1104 Die Kulturlandschaft in ganz Brandenburg ist seit der Deutschen Einheit zu einer neuen Blüte gelangt. Der  
 1105 Neubau von Theatern wie in Potsdam oder die Sanierung von bestehenden Bühnen wie in Frankfurt/Oder,  
 1106 Cottbus oder Brandenburg an der Havel hat die kulturelle Landschaft Brandenburgs attraktiv und anspruchsvoll  
 1107 gemacht. Festspiele, wie das im Kloster Chorin, verleihen der Brandenburger Kulturlandschaft einen  
 1108 besonderen Reiz.

1109 Ebenfalls unterstützt die Junge Union freie Theater in Brandenburg. Mehr als zwanzig professionelle  
 1110 Theatergruppen gibt es in unserem Land, die von Oper, Kinder- und Jugendtheater über Komödie ebenso wie

1111 zeitgenössischen Tanz, Ballett, Puppentheater bis zu experimentellem Theater auf Freilichtbühnen und  
1112 Kulturhäusern auftreten. Diese Künstler verdienen unsere weitere Unterstützung. Aufgrund der finanziellen  
1113 Engpässe in den öffentlichen Haushalten sind Prioritäten bei der Unterstützung zu definieren; allerdings ist der  
1114 Wert unserer Kultur nicht ausschließlich in den geleisteten Ausgaben zu bemessen. Privates Engagement ist  
1115 heute unverzichtbar für den Erhalt unserer Kulturgüter geworden.

1116 Einen besonderen Stellenwert in der Brandenburgischen Kulturlandschaft nehmen die zahlreichen Schlösser  
1117 und die dazugehörigen Parkanlagen ein. Viele Schlösser und Herrenhäuser, die Brandenburg seinen  
1118 besonderen Reiz verleihen, konnten nach der Deutschen Einheit gerettet werden, ob durch private Nutzer,  
1119 Mäzene oder durch den Staat. Jegliches Engagement für die Erhaltung des historischen Erbes ist zu  
1120 unterstützen. Um jedoch noch immer vom Verfall und Abriss bedrohte Guts- und Herrenhäuser vor dem  
1121 endgültigen Verschwinden zu bewahren, müssen kreative und mutige Lösungen, wie der Umbau der Herren-  
1122 häuser in Wohnungen unterstützt werden.

### 1123 **c) Deutsche Sprache**

1124 Die deutsche Sprache ist verbindendes Element und zugleich kultureller Kern unserer Identität. Sie zu  
1125 bewahren und zu stärken muss Aufgabe jeder Kulturpolitik sein. Sie darf nicht durch künstliche, politisch oder  
1126 ideologisch motivierte strukturelle Veränderungen beschädigt oder durch wachsende Minderheiten mit  
1127 anderer Sprachherkunft in unserem Land in Frage gestellt werden. Die deutsche Sprache ist seit jeher einem  
1128 stetigen Wandel unterworfen und wurde durch andere Sprachen ebenso bereichert, wie sie selbst Eingang  
1129 gefunden hat in andere Kulturkreise. Die gemeinsame Kommunikation braucht aber eine verbindliche  
1130 Grundlage. Daher ist die deutsche Sprache verfassungsrechtlich zu schützen.

### 1131 **d) Religion**

1132 Die Junge Union Brandenburg bekennt sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen  
1133 zu den Wurzeln des christlichen Abendlandes. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum christlichen  
1134 Menschenbild, d.h. dem Schutz des Lebens, Bewahrung der Schöpfung, zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit,  
1135 zur Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft, zu einer gerechten und solidarischen Leistungsgesellschaft  
1136 sowie einer an das christliche Menschenbild gebundenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das „C“ im  
1137 Namen unserer Mutterpartei ist Orientierung und Verpflichtung für unser politisches Handeln. Dies bezieht  
1138 sich auch auf unseren Auftrag für den Schutz der Familie und die Ablehnung gesellschaftsgefährdender  
1139 Ideologien. Wir stehen für den Fortbestand bzw. die Wiedereinführung des Religionsunterrichts an öffentlichen  
1140 Schulen, fakultativ und gleichberechtigt neben dem Ethikunterricht. Wir bekennen uns zu der im Grundgesetz  
1141 verankerten Trennung von Kirche und Staat, zur Freiheit des Glaubens und Gewissens.

### 1142 **e) Meinungsfreiheit**

1143 Wir sehen die Meinungsfreiheit in Deutschland bedroht. Nicht durch formale Zwänge, sondern durch  
1144 Äußerungs- und Denkschränken, die von Minderheiten einer Mehrheit vorgegeben werden. Eine Gleichsetzung  
1145 konservativer mit extremen Äußerungen soll statthafte Meinungen diskreditieren und eine  
1146 Meinungsführerschaft anderer politischer Richtungen sichern. Hierzu gehören auch als „politisch korrekt“  
1147 wahrgenommene Begriffsänderungen, die nicht mit Realitäten korrespondieren, aber im Sinne politischer  
1148 Ideologien Meinungen bilden sollen. Es gilt, die Meinungsfreiheit in unserem Land für alle Menschen zu  
1149 erhalten. Eine Einengung des freien Diskurses auf vorher vorbestimmte Sprach- und Denkbereiche lehnen wir  
1150 ab. Freiheit kann nur universal gelten – eine Meinungsvorgabe führt zu totalitären Strukturen.

1151  
1152  
1153  
1154  
1155  
1156  
1157  
1158

1159	Kommissionsvorsitzender:	Philipp Schwab	(KV Potsdam-Mittelmark)
1160			
1161	Weitere Mitglieder:	Hans-Wilhelm Dünn	(KV Potsdam) Landesvorsitzender
1162		Paul Marcus Brandt	(KV Frankfurt/Oder)
1163		Tino Fischer	(KV Potsdam)
1164		Oliver Hahn	(KV Prignitz)
1165		Josefin Kraemer	(KV Cottbus)
1166		Janne-Claas Krüger	(KV Frankfurt/Oder)
1167		Sebastian Lauer	(KV Havelland)
1168		Benjamin Minkau	(KV Frankfurt/Oder)
1169		Kevin Pangenhardt	(KV Oberhavel)
1170		André Roßbeck	(KV Cottbus)
1171		Norman Siewert	(KV Märkisch-Oderland)
1172		Christian Soyke	(KV Potsdam)
1173		Nando Struefing	(KV Ostprignitz-Ruppin)
1174		Philipp Sünboldt	(KV Prignitz)
1175		Maria Wall	(KV Oderspree)
1176		Eric Witte	(KV Frankfurt/Oder)

1177 Arbeitsweise – Vorgehen

1178 *Dank gilt im Besonderen der Kreisgeschäftsstelle der CDU Potsdam und dem Kreisgeschäftsführer Karl-Heinz*  
 1179 *Kollhof, für die zur Verfügungstellung des Sitzungsraumes. Des Weiteren gilt der größte Dank den Mitgliedern*  
 1180 *der Grundsatzprogrammkommission selbst. Jeder, der sich am Freitag Abend oder Samstag Nachmittag aus dem*  
 1181 *ganzen Land Brandenburg nach Potsdam zur vielstündigen Sitzung aufgemacht hat, Wege mit PKW und Bahn*  
 1182 *zurücklegte, verdient größten Respekt und den Dank des Verbandes.*

1183 *In 15 Sitzungen wurden über ein Jahr, in mehr als 400 Stunden Arbeit 35 Seiten diskutiert und erarbeitet. 30*  
 1184 *Seiten Protokoll begleiteteten die Sitzungen und hielten die wichtigsten Beschlüsse fest.*

1185 *Die Mitglieder der Grundsatzprogrammkommission hinterlassen der Jungen Union Brandenburg ein modernes,*  
 1186 *innovatives und in die Zukunft gerichtetes Programm, welches die Grundlage für die politische Arbeit und*  
 1187 *Wahlkämpfe formuliert. Unsere Überzeugungen für die Lösung der bestehenden und kommenden Probleme*  
 1188 *finden darin Ausdruck. Wir glauben an die Zukunft unseres Landes und das Vermögen der Brandenburger, diese*  
 1189 *auch zu meistern.*

1190